:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 14.4.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

„Flügeltreffen“ am Kyffhäuser

STEINTHALEBEN. Die Unterzeichner der „Erfurter Resolution“ in der AfD laden für den 4. Juni zum 2. „Flügeltreffen“ am Kyffhäuserdenkmal ein. Wie bereits im vergangenen Jahr werden ab 11 Uhr an der Gaststätte und Hotelanlage „Burghof Kyffhäuser Denkmal Wirtschaft“ wieder „richtungsweisende Reden“ und ein Musikprogramm angeboten.

hma ■

Solidarische „Patrioten“

Der Vorstand der „Patriotischen Plattform“ in der AfD bezeichnet die Auflösung des AfD-Landesverbandes Saarland durch den AfD-Bundesvorstand als „einen schwerwiegenden und weitreichenden Vorgang, der gut begründet sein will“. Die Berufung des AfD-Bundesvorstandes auf einen Bericht des Magazins „Stern“, das der AfD Saarland Kontakte ins „rechtsradikale Milieu” vorwirft, sei nicht ausreichend. Bei dem besagten Artikel handele „es sich um nichts weiter als das übliche Gewebe aus Unterstellungen, Verzerrungen und Kaskaden des Verdachts“, so die „Patriotische Plattform“. Dem saarländischen AfD-Landesvorstand solle „Gelegenheit gegeben werden, die Vorwürfe öffentlich zu entkräften“. Im Zentrum der Kritik stehen der bisherige AfD-Landesvorsitzende Josef Dörr und Lutz Hecker, einer seiner Stellvertreter. Sofern das Bundesschiedsgericht nicht den alten Vorstand zurück ins Amt bringt, soll der Landesverband Ende April neu gegründet werden. Zugleich ruft die „Patriotische Plattform“ zur Solidarität mit Petra Federau, umstrittene Listenkandidatin der AfD Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2016, auf. Die ehemalige Betreiberin eines Escort-Services hatte Frauen in arabische Länder vermittelt. Diese Tätigkeit erscheine „nur aus einer ausgesprochen prüden Haltung heraus fragwürdig“, meint die „Patriotische Plattform“. Das Problem seien die „Millionen arabischer Versorgungsnomaden, die hierher kommen, um von unserem Sozialstaat zu profitieren, und unsere Frauen sexuell belästigen“, so die „Patriotische Plattform“ in der AfD.

hma n

Nein, das Boot ist noch längst nicht voll!

Die europäischen Staatschefs haben entschieden, dass weder Mitleid noch Menschenrechte die Leitlinien europäischen Handelns sein können

Ein Kommentar des Grundrechtekomitees



Die Medien berichten über die Lage der Flüchtlinge in Idomeni, aber auch über die Situation derer in Piräus, Athen, auf den griechischen Inseln und anderswo. Wir sehen Kinder, die im Dreck, bei Regen, unter skandalösen Lebensbedingungen spielen, sehen die verzweifelte Lage von Familien und deren Versuche, einen sicheren Hafen zu finden. 60% der Flüchtlinge in Griechenland sind Frauen und Kinder (UNHCR). Berichte, die Anteilnahme hervorrufen. Inzwischen aber hindert die Polizei Journalist*innen immer häufiger daran, mit den Flüchtlingen zu sprechen und von deren Lage zu berichten.

Die europäischen Staatschefs haben entschieden, dass weder Mitleid noch Menschenrechte die Leitlinien europäischen Handelns sein können. Abwehr von Flüchtlingen bleibt das Ziel europäischer Politik und Negation europäischer Werte der Weg. Geltendes Recht wird außer Kraft gesetzt. Flüchtlinge dürfen zwar nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen politische Verfolgung oder die Gefahr einer Kettenabschiebung in das Verfolgerland drohen. Mit der Türkei aber wird ein menschenverachtender und völkerrechtswidriger Deal geschlossen, der die Flüchtlinge zur Ware macht. Die Türkei erhält Geld und wird zum sicheren Drittstaat erklärt, der für Flüchtlinge, aber auch für Kurden in der Türkei, höchst unsicher ist. Amnesty International berichtet , dass „die Türkei seit Januar fast täglich syrische Männer, Frauen und Kinder in Gruppen von bis zu 100 Menschen nach Syrien abgeschoben hat“. Völlig aussichtslos ist die Situation für die Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern, denen fast zwangsläufig Abschiebungen und Kettenabschiebungen drohen.

Die Flüchtlinge, die Europa keineswegs überfordern würden, werden aus Griechenland abgeschoben. Ihr individuelles Recht auf Asyl und rechtliches Gehör wird mit Füßen getreten. Wenige syrische Flüchtlinge, und nur syrische, erhalten im Gegenzug ein Ticket in eines der EU-europäischen Länder. Montag, 4. April 2016, begann die „Rückführung“ →

Aus dem Inhalt:

Starkbierfest abgesagt

DEGGENDORF. Die bayerische AfD musste ihr für den 20. März geplantes „Politisches Starkbierfest“ in Deggendorf kurzfristig absagen. Nach zahlreichen Protesten gegen die geplante Veranstaltung lud der Wirt die AfD wieder aus. Für die AfD-Veranstaltung, auf der auch der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke sprechen sollte, lagen mehr als 200 Anmeldungen vor.

hma ■



Buchholz (Nordheide) protestiert gegen Nazis

Gestern war ein großer Tag für Buchholz und für Heideruh, aber vor allem ein großer Tag für alle, die Refugees willkommen heißen und Rechtsradikale Propaganda verhindern. Ca. 700 Buchholzer Bürger*innen jeder politischen Meinung konnten in kurzer Zeit mobilisiert werden um Gesicht zu zeigen, während 22 Nazis von 250 Polizist*innen geschützt wurden.

Wie ging es nach der Kundgebung weiter?

Erfreulich viele Buchholzer*innen gingen in der Innenstadt rund um den abgesperrten Marktplatz spazieren und zeigten weiterhin Gesicht. Nach dreistündiger Kundgebung auf dem einsamen Marktplatz von Buchholz rollten die Rechtsradikalen um 16.20 Uhr ihre Transparente ein und verließen von der Polizei eskortiert den Marktplatz Richtung Bahnhof, während vor allem junge Antifaschist*innen deutlich machen, dass sie nie wieder kommen sollen.

Die Polizei ließ es sich nicht nehmen jeden einzelnen Nazi zu schützen, indem sie zum Beispiel die evangelische Jugend Tostedt mittels Einkesselung auf dem Bahnsteig daran hinderte ihren Zug zu nehmen, damit ein Krakelender diesen besteigen konnte.

Ein anderer Vorfall regt zum Denken an: Ein junger Antifaschist wird von einem Polizisten ohne Grund angerempelt. Der junge Antifaschist fragt ihn, warum er dies täte. Antwort: „Ihr Schwuchteln traut Euch doch eh nicht, Euch zu wehren.“ 1. verletzt diese Äußerung das Antidiskriminierungsgesetz und 2. widerspricht es dem Auftrag zu deeskalieren. Der Tag kann trotzdem als Erfolg für alle antifaschistisch denkenden Menschen gewertet werden. Ein so breites Bündnis von Antifa bis hin zu den Gemeindevertreter*innen aller Parteien darf berechtigt behaupten, dass „eine ganze Stadt Gesicht gezeigt“ hat.

Quelle: Heideruh e.V., Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte 04.04.2016 ■

Rechte Demonstration und Gegenprotest

BERLIN MARZAHN/HELLERSDORF: Seit Jahresbeginn hatte die rechte Facebook-Gruppe „Nein zum Heim Marzahn-Hellersdorf“ ihre Demonstration unter dem Motto „Sicherheit statt Angst“ beworben. Zur genannten Demonstration am 2. April 13 Uhr versammelten sich denn auch ca. 300 Rechte am Startpunkt Alice-Salomon-Platz; darunter zahlreiche NPDler, Anhänger der Partei „Der dritte Weg“, der sog. „Freien Kräfte“ sowie vereinzelte AFD- und Bärgida-Sympathisanten. Die Gegenkundgebung gleich gegenüber war mit ca. 150 Personen laut-

---

derjenigen, die zu Illegalen, zu illegal Eingereisten gemacht worden waren. Als hätten sie eine Chance, legal Schutz zu suchen, als wäre es illegal, Schutz in Europa zu suchen.

Daniel Deckers kommentiert für die FAZ: „Wer gefühllos zuschaut, wie Menschen unter Zwang in die Türkei zurückgebracht werden, die nach einer gefährlichen und womöglich qualvollen Odyssee sich, auf einer griechischen Insel angekommen, schon fast am Ziel ihrer Reise wähnten, der hat kein Herz.“ (4.4.2016) Dass Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht in der Türkei nicht garantiert sind, stellt er nicht in Abrede, die Versäumnisse der EU-Staaten erwähnt er und zieht dennoch den Schluss, dass die Sortierung in ‚echte‘ Flüchtlinge, „Asyl- und andere Schutzberechtigte“, und „andere Migranten“ außerhalb Europas erfolgen müsse. Aber wieso muss diese Prüfung außerhalb und nicht innerhalb Europas erfolgen? Kommentar wie auch europäische Politik setzen dies voraus, ohne diese Frage auch nur im Ansatz beantworten zu wollen.

Dieses Europa, das in vielen Facetten und auf vielerlei Weise selbst beigetragen hat zu den Umständen, die heute Menschen in die Flucht treiben, muss endlich die Verantwortung für die eigene Politik übernehmen. Die Prüfung der Schutzbedürftigkeit von denen, die nach Europa geflohen sind, ist europäische Aufgabe. Legale Fluchtwege sind zu schaffen. Es muss schon zu denken geben, dass ausgerechnet der Chef der Grenzschutzbehörde Frontex , Fabrice Leggeri, in einem Interview mit der ZEIT die Dublin-Regelung als veraltet kritisiert und EU-Europa auffordert, „legale Wege für Flüchtlinge in die EU“ zu schaffen, „damit Europa seiner Verpflichtung nachkommt, Asylsuchenden Schutz zu gewähren“. Verblüffend ist es, dass der Chef der Organisation, die die Abschottung Europas zur Aufgabe hat, dieses Europa daran gemahnt, dass es „pure Verzweiflung“ sei, „die die Menschen nach Europa“ fliehen lässt.

Diese Abschottung Europas führt weiterhin zu immer mehr Toten in der Ägäis und in anderen Teilen des Mittelmeeres. Allein dieses Jahr sind laut pro asyl bereits 709 Menschen bei der Überfahrt umgekommen.

„Wer über gewissen Dingen den Verstand nicht verliert, der hat keinen zu verlieren.“ (Gotthold Ephraim Lessing) In Anbetracht der Ignoranz offizieller europäischer Politik muss ein Aufschrei deutlich machen: Dies geschieht nicht in unserem Namen! Angesichts der Lage der Flüchtlinge möchte man mit ihnen verzweifeln, besser aber ihren Protest unterstützen und hier fortführen. Insofern sind Aufrufe, die Flüchtlinge aus Idomeni und Griechenland jetzt aufzunehmen, Gebärden des Protests, die vom gleichzeitigen Wissen um ihre Vergeblichkeit getragen sind. Aber wenn diese Stimmen verstummen würden, dann stünde es wirklich schlecht um Europa.

7. April 2016, Elke Steven (Grundrechtekomitee) ■

stark vertreten; an einem Gebäude direkt am Alice-Salomon-Platz waren diverse Transpartete gegen die rechte Demonstration befestigt. Eine weitere Protestkundgebung fand wenige Meter weiter in Richtung Laufstrecke in der Senftenberger Straße statt – via a vis von einer weiteren Ansammlung Rechter rund um Patrick K. und Rene U., die sich der Demonstration der Rechten aus unerfindlichen Gründen erst bei deren Start anschlossen.

https://linksunten.indymedia.org/ 04.04.2016 ■

Schlimmste rassistische Gewaltwelle seit den 90ern

Experten schlagen Alarm angesichts steigender Zahlen von rechtsextremen Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte. Es gebe eine neue rechte Bewegung, die an Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung anknüpfe. Dazu zählten auch Vertreter der AfD.

Mit Blick auf die steigende Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und rechtsextremistischen Tendenzen in der Gesellschaft fordern Experten eine Stärkung der Polizei. Eine zivil geführte Debatte über Flüchtlinge und ihre Integration könne es nur geben, wenn ein sicherer Rahmen gesteckt und das Gewaltmonopol des Staates gesichert seien, sagte der Politologe Henning Flad am Dienstag in Bremen. Bei einer Fachtagung der Diakonie Deutschland zu Rechtspopulismus und Stammtischparolen warnte der Experte, das Schüren von Unsicherheiten etwa nach den Vorfällen in Köln gehöre zu den wichtigsten Argumentationslinien rechtspopulistischer Vordenker.

Deutschland erlebt Flad zufolge derzeit die schlimmste rassistische Gewaltwelle seit Anfang der 1990er Jahre. Bei Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte sei die Aufklärungsquote zudem „unbefriedigend“, kritisierte der Leiter des Projektes „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“. Das hänge einerseits mit einer Überlastung der Polizei zusammen. Andererseits würden die Ermittlungen erschwert, weil die Anschläge in der Regel nicht von einschlägig bekannten Neonazis verübt würden, sondern von unauffälligen Ersttätern.

Die neue rechte Bewegung, zu der Flad auch Vertreter der AfD und der sogenannten „Identitären Bewegung“ zählt, sei erfolgreich, weil sie an Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung anknüpfe. Dazu gehört nach einer Allensbach-Umfrage beispielsweise die Überzeugung einer Mehrheit der Bevölkerung, dass die Politik mit der großen Zahl der Flüchtlinge im vergangenen Jahr die Kontrolle darüber verloren hat, wer nach Deutschland kommt. „Sie sind stark, weil sie gerade nicht Neonazis sind und intelligenter argumentieren als das Neonazi-Geblöke“, betonte Flad.

Die neuen Rechten wie Götz Kubitschek aus Sachsen-Anhalt profitierten von weit verbreiteten rassistischen Ressentiments gegen Flüchtlinge, die sie als Invasoren bezeichneten. Weitere Schlagworte in ihren öffentlichen Auftritten seien ständige Verweise auf das Volk sowie auf Journalisten und Parlamente, die als Vertreter der „Lügenpresse“ und „Schwatzbuden“ diffamiert würden. Doch falsch sei es, darauf mit einer Rhetorik zu reagieren, die Rechtspopulisten als „Pack“ und „Rattenfänger“ bezeichne: „Das ist ein Zeichen von Schwäche und Panik-Stimmung.“

Auf die Frage, ob gerade Kirchenmitglieder menschenfeindlich eingestellt sind, gibt es nach Angaben der Soziologin Hilke Rebenstorf keine einfache Antwort. Religion könne Vorurteile befördern, sie könne aber auch davor schützen, sagte die Experten des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Umfragen zeigten, dass die Konfessionszugehörigkeit wohl eine Rolle bei der Haltung zur Homosexualität spiele, nicht aber in der Einstellung gegenüber Ausländern. Im Sommer sollen Rebenstorf zufolge die Ergebnisse einer vertiefenden Studie zum Thema präsentiert werden.

Quelle: http://www.migazin.de 06.04.2016 ■

Kein Vergessen

Mehrere hundert Menschen haben am Samstag im Berliner Bezirk Neukölln an einer Gedenkdemonstration für den am 5. April 2012 erschossenen Burak Bektas teilgenommen. In der ersten Reihe liefen Angehörige, antirassistische Initiativen solidarisierten sich mit der Familie. Sie warfen den Ermittlungsbehörden vor, wichtige Spuren ignoriert und ein rassistisches Tatmotiv nicht ausreichend geprüft zu haben. Zudem forderten sie Aufklärung über eine mögliche Verbindung zu dem Mord an dem Briten Luke Holland am 20. September 2015. In diesem Fall gab es schnell einen Tatverdächtigen: Rolf Z. steht zur Zeit in Berlin vor Gericht. Ein Hinweisgeber hatte dessen Namen aber schon 2013 im Zusammenhang mit dem Mord an Bektas genannt.

jW, 11.4.2016 ■

Zehntes Protestjahr gegen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V."



Kundgebung des „Bündnis gegen Ludendorffer" am 26.3.16 in Dorfmark / Bad Fallingbostel. FOTO: R.Gerstel, ver.di

DORFMARK/ BAD FALLINGBOSTEL. Im zehnten Protestjahr gegen die Ostertagung der rassistischen Ludendorffer beteiligten sich sich bei der Mahnwache am Karfreitag 80 und an der Kundgebung Ostersamstag 90 Menschen. Mit einer Oldenburger Sambagruppe feierten die Demonstrierenden, dass das Hotel Deutsches Haus die Ludendorffer schon im zweiten Jahr nicht mehr bewirtet und sie sich nun nur auf ein Lokal, das Gasthaus zur Post, beschränken müssen. Ein weiterer Grund ist, dass nach langer Zurückhaltung diesmal „sogar" auf 3 Dorfmarker Grundstücken Transparente gegen die Rassistentagung hingen. Wegen des niedersächsischen Feiertagsgesetzes darf am Karfreitag kein Lautsprecher benutzt werden. Aufgerufen zu den Protesten hatte das „Bündnis gegen Ludendorffer" aus Antifa-Ini, DGB, ver.di, GEW, Grüne, Linke, solid, Jusos, Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus, VVN/BdA aus Celle und Heidekreis. SPD-Kreis- und Ortsverband redeten sich raus, so dass nur ein SPD-Ratsherr, ein frisch aus der SPD ausgetretener Ratsherr (jetzt Bürgerliste) und der aus Hannover angereiste SPD-Landtagsabgeordnete Michael Höntsch zu den Protesten mit aufriefen.

Bei der Samstagskundgebung forderte DGB-Kreisvorsitzender Charly Braun einen Soltauer Rassisten zum Verschwinden auf. Der Herr Gerd Bargmann gehört zur bundesweiten „Aktion Grablicht", die sonntags in etwa 20 Städten gegen Merkels angeblich zu freundlicher Asylpolitik Grablichter auf Deutschlandfahnen stellen und im Heidekreis durch Leserbriefe und auf Veranstaltungen zur Flüchtlingsaufnahme durch asylfeindliche Polemik auffallen. Da die Polizei den Rassisten nicht entfernte, blieb dieser am Rande und fotografierte die Kundgebung vorm Ludendorffer Tagungslokal.

In seiner Rede klärte Bündnis- und Gewerkschaftssprecher Charly Braun über die menschenverachtende Ideologie der Ludendorffer und ihre Verknüpfung mit der Naziszene auf. Nach der Lehre von Mathilde Ludendorff (Frau des Hitler-Putschgefährten von 1923 General Erich Ludendorff) sind die nordischen „Lichtrassen" zum Herrschen, Juden und viele andere als „Schachtrassen" zum Dienen vorgesehen. In Dorfmark haben Ludendorffer in den letzten Jahren mehrfach Journalisten angegriffen. Bekannte Nazis nehmen oft an den Ludendorffer-Tagungen teil. Braun kritisierte, dass sie wieder allerlei Kinder dabei haben, „denen sie Rassismus einpflanzen". Nach der Grußadresse des Landesinnenministers Boris Pistorius 2015 ans Bündnis, forderte Braun den Worten jetzt Taten folgen zu lassen und den „bluts-elitären Rassisten-Club" endlich aufzulösen. Weil angesichts der größten niedersächsischen Flüchtlingslager bei Bad Fallingbostel am Truppenübungsplatz auch vor Ort sich neben Willkommenskultur zunehmend organisierter Rassismus ausbreitet, ging Braun auf die wirklichen Fluchtursachen ein: „Da ist es logisch, dass immer mehr Menschen fliehen oder der Spur der Ernten, Rohstoffe und Billigkonsumgüter dorthin folgen, wo sie genossen werden."

SPD-Landtagsabgeordneter Michael Höntsch schlug vor, mehr Druck über die Wittinger Brauerei auf das Gasthaus zur Post auszuüben. Der Innenpolitiker versprach immer wieder in Dorfmark zu demonstrieren bis es vorbei ist mit den Ludendorffer-Tagungen. Ratsherr Steffen Ahrens (ex-SPD, jetzt Bürgerliste) berichtete, dass Ludendorffer-Spitzenfunktionäre im Hohenlohekreis/ Schwaben Anti-Asyl-Kundgebungen organisieren und zur Bildung von Bürgerwehren aufrufen. Ahrens verlas eine Grußadresse des evangelischen Bischof Ralf Meister. Darin heißt es: „Wir brauchen für eine zukunftsfähige Gesellschaft keine völkische Verklärung, sondern eine tolerante Gesellschaft, der es gelingt, in der Vielfalt von Anschauungen und Haltungen einen Gewinn und keinen Verfall zu erkennen". Leider engagiere sich die lokale Kirche nicht gegen die antisemitischen und antichristlichen Ludendorffer – ebensowenig wie die meisten Parteien. Der Stadtratsbeschluss von 2008, Ludendorffer nicht zu bewirten, werde nicht gelebt. Viele Pensionen beherbergen Ludendorffer.

Während der Proteste verließen die Ludendorffer den Gasthof nicht. Später sah mensch Kinder bis SeniorInnen in selbst erfundenen Trachten im Ort. Gegenüber Journalisten zeigten sie sich meist scheu. In Lederhose zeigte sich Bernd K. aus Zeven, Journalisten und Polizisten fotografierend. Laut „Spiegel" ist er Berater der NPD in Bremen. Auch ein NPD-Aktivist aus dem Kreis Lüneburg wurde gesichtet. Ein pensionierter Lehrer aus Franken gab sich vor Journalisten jedoch redselig. Er engagiere sich für das „Deutschtum" und leugnete Vergasungen in Auschwitz. Adolf Hitler sei von jüdischen Finanziers unterstützt worden.

Vor der Bündnis-Kundgebung verteilten die Ludendorffer Flugblätter an alle Dorfmarker Haushalte. Daraus ist zu erfahren, dass sie breits zum 44. mal „im schönen Dorfmark" sind. Also tagten sie dort bereits Jahre bevor 1977 das Ludendorffer-Verbot aufgehoben wurde. Sie betonen, dass sie sich als Gäste „anständig und gesittet … benehmen" und „den Glauben eines jeden Menschen" respektieren. Weiter wörtlich: „… müssen wir indes erleben, daß diese Grundprinzipien uns gegenüber nicht nur mit Füßen getreten werden, sondern daß dies auch noch stolz als Verteidigung der Demokratie gesehen wird." Dass die „Gastronomie Dorfmarks massiv unter wirtschaftlichen Druck gesetzt" wurde, „wenn sie unseren Verein beherbergt" und erwartet wird, „bei ihren Gästen Gesinnungsschnüffelei zu betreiben", vergleichen die Ludendorffer mit „gängigen Methoden" in der DDR. Sie kritisieren, dass „unter den Augen des Staates" durch „lautes Geschrei" versucht wird, trotz Störungsverbot im Niedersächsischen Versammlungsgesetz, die „ordnungsgemäße Durchführung" ihrer „nicht verbotenen Versammlung" zu verhindern. Dann folgt ein rassistisches Bekenntnis: „Es stimmt, wir Ludendorffer sind der Meinung, daß alle Völker der Erde, inklusive das eigene Volk, ein Ausdruck des Wunsches nach Vielfalt unserer Schöpfung sind und daher geschützt werden müssen. Es mag Menschen geben, die der Meinung sind, daß Deutschland nichts besseres passieren könne als in einer multikulturellen Gesellschaft aufzugehen, seine nationale Identität zu verlieren und dadurch dann viel besser und viel leistungsfähiger zu werden(?). … Zudem zeigen uns die aktuellen Ereignisse in Deutschland, daß immer mehr Menschen dazu übergehen, die so lange

Vom Bundesamt für Verfassungsschutz betreutes Morden?

Presseerklärung von Anwälten der Nebenklage im NSU-Prozess in München

Top-V-Mann Ralf Marschner (alias „Primus“) soll nach dem „Untertauchen“ engen Kontakt zum Trio und zum Angeklagten André Eminger gehabt haben.

Wie die ARD gestern berichtete, soll Uwe Mundlos in der Zeit im „Untergrund“ in Zwickau für die Baufirma des V-Mannes Marschner gearbeitet. Die Hinweise, die die Journalisten Dirk Laabs und Stefan Aust auf die Verbindung zwischen Marschner und Mundlos gebracht haben, finden sich auch in den Ermittlungsakten. Wir haben bisher trotz umfangreicher Anträge immer nur eingeschränkte Akteneinsicht durch den Generalbundesanwalt erhalten und wissen deshalb nicht, ob diese Spur vom BKA und dem Generalbundesanwalt verfolgt worden ist oder nicht.

Wir fordern umfassende Aufklärung der Rolle von Ralf Marschner, dem Zwickauer Neonazi und V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), im NSU-Komplex!

Schon die bisherigen Ermittlungen hätten es erfordert, dass Ralf Marschner als Zeuge in der Anklage benannt wird. Jedoch hat der Generalbundesanwalt systematisch V-Männer und den Verfassungsschutz aus der Anklage herausgehalten, so auch Ralf Marschner,

- obwohl drei ehemalige Angestellte von Marschner gesagt haben sollen, sie würden Beate Zschäpe aus dem Geschäft von Marschner kennen,
- obwohl ein anderer Zeuge aussagte, er habe Marschner mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt 1998 bei einem Fußballturnier gesehen,
- obwohl Marschner mit dem Angeklagten André Eminger und Vertrauten des Trios seit vielen Jahren befreundet gewesen sein soll,
- obwohl ein Freund und Angestellter von Marschner schräg gegenüber der Wohnung in der Zwickauer Polenzstraße gewohnt haben soll, in der das Trio rund sieben Jahre lebte und
- obwohl Marschner enge Kontakte zu Blood and Honour und dem Unterstützernetzwerk der Drei aus Chemnitz gehabt haben soll, wie z.B. zu Thomas Starke, Jan Werner und Hendrik Lasch.

Wir als Nebenklagevertreterinnen und -vertreter haben in dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht in München immer wieder ausführlich dargelegt, dass es ein Netzwerk aus Neonazis von „Blood & Honour“ und deren Umfeld war, das das Trio bei seinem Leben im „Untergrund“ unterstützt hat, und dass es V-Männer aus diesem Netzwerk waren, die das entsprechende Wissen über die Drei an die Nachrichtendienste weitergegeben haben. Die Aufklärung der Rolle dieses Netzwerkes und der Umgang der Nachrichtendienste mit diesen Informationen – wie dem Vernichten von Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2011 im Rahmen der sog. Operation „Konfetti“ – wird bisher weitgehend verhindert.

Die neuen Recherchen der ARD zwingen nun zu einer Richtungsänderung.

Wir fordern deshalb den derzeit laufenden Bundestagsuntersuchungsausschuss auf, aufzuklären, welches Wissen über das Trio und den NSU der V-Mann Marschner an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet hat und warum seine V-Mann-Akten bereits im Jahr 2010, lange vor der fälligen Zeit, vernichtet worden sind.

Wir fordern von dem Bundesamt für Verfassungsschutz die „Rekonstruktion“ der vollständigen V-Mann-Akte von Marschner und vom Generalbundesanwalt die Beiziehung dieser Akten im Rahmen des Verfahrens vor dem OLG München und die Gewährung von Akteneinsicht.

Dieser Forderung werden wir in der nächsten Woche vor dem OLG München mit einem Antrag u.a. auf Ladung von Marschner, seines V-Mannführers beim Bundesamt für Verfassungsschutz und auf Beiziehung von Akten Nachdruck verleihen.

Basay, Rechtsanwältin • v.d. Behrens, Rechtsanwältin • Clemm, Rechtsanwältin • Dr. Elberling, Rechtsanwalt • Fresenius, Rechtsanwalt • Hoffmann, Rechtsanwalt • Ilius, Rechtsanwalt • Kuhn, Rechtsanwalt • Lunnebach, Rechtsanwältin • Scharmer, Rechtsanwalt • Dr. Stolle, Rechtsanwalt

Presseerklärung 07.04.2016
http://www.nsu-nebenklage.de/blog/2016/04/07/07-04-2016-presserklaerung/

Aufklärungsblockade im NSU/VS-Komplex

Petra Pau, Obfrau der Bundestagsfraktion Die Linke im NSU-Untersuchungsausschuss, forderte am Donnerstag in einer Pressemitteilung:

Alle V-Mann-Akten des V-Mannes Ralf Marschner alias Primus, die im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und bei anderen Verfassungsschutzbehörden vorliegen, müssen sofort dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages vorgelegt werden. Die Aufklärungsblockade des Bundesinnenministeriums und des BfV macht es unmöglich, die zentrale Frage im NSU-Komplex zu klären: Was wussten V-Männer und V-Mann-Führer der Geheimdienste über die Mord-, Anschlags- und Raubserie des Netzwerks? (…)

Martina Renner, für die Fraktion Mitglied im Innenausschuss, ergänzte:

Das Bundesinnenministerium hat sich im Februar dieses Jahres mit Verweis auf den Schutz des Staatswohls geweigert, meine schriftliche Frage nach der Anzahl der V-Mann-Meldungen von Ralf Marschner und nach dem Stand der Rekonstruktion seiner angeblich im Jahr 2010 vernichteten Personenakte im Bundesamt für Verfassungsschutz zu beantworten. Damit unterläuft der Bundesinnenminister das Aufklärungsversprechen von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Bundesregierung muss die Frage beantworten, ob planvolle Vertuschung jetzt zur Staatswohlmaxime geworden ist.

Die Frankfurter Rundschau berichtete am Donnerstag, die rechtsextreme Deutsche Partei (DP) bestreite, dass Benjamin Gärtner, früherer V-Mann des hessischen Verfassungsschutzes aus Kassel, ihr Mit-

---

angepriesene multikulturelle Gesellschaft kritisch zu hinterfragen.“ Schließlich appellieren sie an die „lieben Dorfmärker“, „wenn Sie helfen würden, daß freie Bürger ihre verbrieften Rechte ausüben können“. Denn wenn es heute gelingen würde den Ludendorffern ihre Grundrechte abzusprechen, „dann können sie morgen auch anderen abgesprochen werden.“ Das Bündnis hält diesen Flyer für gefährliche Verharmlosung und Verdrehung der Tatsachen. *Heide Bothe* ■

Fortsetzung von vorheriger Seite

glied war. Das steht im Widerspruch zu Geheimdienstberichten. Dazu erklärte Hermann Schaus (Die Linke), Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages in einer Pressemitteilung:

„Sollte sich bestätigen, dass Benjamin Gärtner nie Mitglied der Deutschen Partei war, bedeutet das: Im Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) wurden jahrelang Treffberichte gefälscht, und sowohl das BKA, das OLG in München als auch die Untersuchungsausschüsse zum NSU wurden vom LfV bewusst über die Rolle und Bedeutung des V-Manns Benjamin Gärtner getäuscht. Bereits im Jahr 2006, als der Verfassungsschutzbeamte Temme des Mordes an Halit Yozgat verdächtigt wurde, seien dann die ermittelnden Polizeibeamten durchs LfV über den Arbeitsauftrag von Temme und Gärtner getäuscht worden. Ein unfassbarer Vorgang und eine neue Dimension im NSU-Skandal.“

Bereits in der letzten Sitzung habe man mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass sowohl Benjamin Gärtner als auch der (ehemalige) nordhessische Neonazi Michel Friedrich entgegen anderslautender Treffberichte von Temme mit Gärtner ausgesagt hatten, sie seien nie Mitglied der Deutschen Partei gewesen, so Schaus. (…) Dass nun auch aus der DP die Mitgliedschaft der beiden damaligen Neonazis bestritten werde, verdichte die Hinweise auf eine mögliche Fälschung der Akten.

„Es muss im Untersuchungsausschuss dringend geklärt werden, ob diese Berichte tatsächlich gefälscht wurden. Wenn ja, drängen sich die Fragen auf: Wer hat sie gefälscht? Wer wusste davon und vor allem: Zu welchem Zweck wurden sie gefälscht? Auch diese Frage steht im Raum: Worüber haben sich Andreas Temme und sein rechtsextremer V-Mann Benjamin Gärtner jahrelang ausgetauscht? Auch das Telefonat zwischen Temme und Gärtner kurz vor dem Mord an Halit Yozgat erscheint dann in einem anderen Licht.“

junge welt, 8.4.2016 ■

Braune Netzwerke

Rechter Verein mit Kontakten zu Hooligans, Neonaziparteien und Pegida marschierte in Magdeburg auf. Reger Austausch beim Stammtisch „Weißer Rabe“

Ein Aufmarsch des extrem rechten Vereins „Gemeinsam Stark Deutschland“ (GSD) sorgte am Samstag in Magdeburg für ein Großaufgebot der Polizei. Sie war nach eigenen Angaben mit zehn Hundertschaften aus sechs Bundesländern im Einsatz. Bei dem rechten Aufzug unter dem Motto „Gegen linke Gewalt und Asylmissbrauch“ zählte die Polizei gut 700 Teilnehmer, die auch aus Nieder¬sachsen, Brandenburg, Berlin, Sachsen und Nordrhein-Westfalen angereist seien. Aus dem Aufmarsch heraus sei es zu körperlichen Attacken auf Journalisten und Beobachter gekommen, meldete die Polizei auf Twitter.

An zwei Gegendemonstrationen unter den Devisen „Keine Alternative“, angemeldet von den Grünen, sowie „Ravende Europäer gegen Intoleranz und Nationalismus“, kurz Regina, beteiligten sich laut Polizei insgesamt bis zu 600 Menschen, die sich friedlich verhalten hätten. Gefährliche oder zur Vermummung geeignete Gegenstände wurden laut Polizeisprecher bei 18 Rechten und 14 Linken sichergestellt. Platzverweise erhielten allerdings 20 Linke und nur acht Rechte.

Der Verein GSD gilt als Abspaltung von „Hogesa“ (Hooligans gegen Salafisten). Er gründete sich Ende 2014 auch aus Teilen der damals zerstrittenen rechten Hooligan-Vereinigung. Nach eigenen Worten wendet sich GSD gegen „Salafisten, Wirtschaftsflüchtlinge, Asylbetrüger und Integration“ und tritt „für bürgernähere Politik“ ein.

Nähe wies der Magdeburger Aufmarsch auch zu Pegida und dessen Magdeburger Ableger Magida auf. Der Mitbegründer und frühere Sprecher von „Pegida Schweiz“, Ignaz Bearth, der 2013 die ungarische Neonazipartei Jobbik im dortigen Wahlkampf unterstützt hatte, warb für die Demonstra¬tion und trat als Redner auf. Anmelder Marko L. ist führender Magida-Kopf, ebenso Versammlungsleiterin Sabine E. Die montäglichen „Spaziergänge“ in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt organisierten sie unter anderem zusammen mit dem Goslaer NPD-Funktionär Holger Weidner. Dass der Anmelder einer der Magida-Chefs ist, bestätigte Polizeisprecher Frank Küssner gegenüber jW. Vor einigen Wochen hätten die Organisatoren die Montagsaufzüge wegen geringer Teilnahme „auf unbestimmte Zeit“ ausgesetzt, so Küssner.

Magida ist mit der NPD, der Partei Die Rechte und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sowie der Leipziger Organisation „Offensive für Deutschland“ (OFD) bestens vernetzt. OFD-Gründer Silvio Rösler, Ex-Legida-Chef, ist Mitorganisator „überparteilicher“ Treffen, sogenannter Stammtische. Diese firmieren unter dem Label „Weißer Rabe“ und finden regelmäßig in Leipzig, Dresden und ab dieser Woche auch in Magdeburg statt. Im brandenburgischen Rathenow sind ebenfalls solche Treffen geplant, wie die Gruppe selbst auf ihrer Facebook-Seite informiert.

Neben Pegida-, Legida- und Magida-Funktionären tummeln sich beim „Weißen Raben“ nach jW-Informationen Kader von AfD, NPD, Die Rechte und „Der III. Weg“. Gesichtet wurden dort unter anderem Holger Weidner (NPD, Magida), der sachsen-anhaltische Vorsitzende und Bundesvize der Partei Die Rechte, Roman Gleißner, die sächsische AfD-Funktionärin Uta Nürnberger, Ex-Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel sowie Alexander Kurth, ehemals NPD, heute Die Rechte Sachsen. Im Internet brüsten sich die Protagonisten auch mit Kontakten zur Gruppe „Wir sind Deutschland“ (WSD), die zuerst in Plauen mit „Sonntagsdemos“ auftrat, inzwischen aber auch anderweitig in Sachsen aktiv ist. Mittlerweile tritt WSD, angelehnt an GSD, mit dem Namenszusatz „Nur gemeinsam sind wir stark“ auf.

Die braunen Stammtischbrüder geben sich bürgerlich empört und werben im Internet sogar um Linke. Man strebe eine breite Vernetzung rechter und linker Kräfte an, heißt es, und wolle als „Dachorganisation“ eine Partei namens „Phönix Deutschland – die deutsche Einheitsfront“ gründen. Dazu haben die Protagonisten bereits eine Facebook-Seite erstellt. Am 16. April wolle man sich „zur letzten Versammlung vor Gründung der Landesverbände“ zusammenfinden, heißt es dort. Propagiert wird eine völkisch-nationalistische Ausrichtung: Man habe die „Souveränität unserer Heimat“ und den Aufbau einer „deutschen Nationalversammlung“ zum Ziel und sei „dem Volke zugewandt“.

Susanne Bonath, junge welt, 11.4.‘16 ■

Extreme Rechte und soziale Bewegung

Über den inhaltlichen Eiertanz, den der französische Front National (FN) derzeit angesichts der aktuellen Sozialprotestbewegung – gegen die geplante drastische Verschlechterung der Arbeitsgesetzgebung – aufführt, berichteten wir an dieser Stelle bereits. Und werden in Bälde darauf zurückkommen. Ebenso erwähnten wir bereits die gewaltförmige Bedrohung, die für Teilnehmende an den Protesten mitunter von militanten Faschistenstrukturen ausgeht. Die Studierendengewerkschaft UNEF protestierte soeben in Lyon gegen gewalttätige Übergriffe, die dort von der militanten neofaschistischen Studentengruppe GUD (Groupe Union-Défense) ausgehen; vgl. dazu ausführlich: https://www.lyonmag.com/article/79598/loi-travail-l-unef-lyon-denonce-des-violences-de-la-part-du-gud

Doch neben diesen äußeren Feinden besteht ein, sogar eher noch größeres Problem in den beharrlichen Versuchen von Rechtsextremen und faschistoiden "Querfrontlern", die Sozialproteste zu infiltrieren und sich innerhalb des Protestspektrums breit zu machen. Gelungen ist ihnen dies, in gewissen Grenzen, anscheinend in erster Linie in Nizza. Diese südostfranzösische Stadt muss allgemein als reaktionäre Hochburg gelten. Dort startete in der ersten Aprilwoche 2016, wie in anderen französischen Städten, eine Platzbesetzerbewegung (mit einer zunächst relativ bescheidenen Zahl von 150 Teilnehmenden). Im Internet und bei Facebook aber erweckten Anhänger des hauptgewerblichen Antisemiten Alain Soral und seiner Gruppierung Egalité & réconciliation – E&R, „Gleichheit und Aussöhnung" – zunächst den Eindruck, sie steckten inmitten der Protete, ja hinter der Bewegung. So etwas kommt davon, dass man sie dort weitestgehend ungestraft gewähren ließ. Und es sorgt wiederum dafür, dass andere Kräfte fernbleiben!

In Paris hingen und hängen Unterwanderungsversuche vor allem mit dem Namen von Sylvain Baron zusammen. Er gehörte früher der Verwirrten- und Verschwörungstheoreriker-Kleinpartei UPR von François Asselineau an. Inzwischen hat er sich politisch selbständig gemacht und ist Anführer bei einer ominösen „Bewegung des 14. Juli". Diese trat angesichts des angespannten innenpolitischen Klimas, das 2014 u.a. rund um die Endphase der reaktionären Massenbewegung gegen die Homosexuellen-Ehe und den reaktionären Schulboykott der „JRE" („Tage der Rausnahme aus dem Unterricht", es ging dabei gegen „Gleichstellungsideologie" und „Genderquatsch") lautstark hervor. Und sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie öffentlich Kreise der französischen Armee zu einem Militärputsch aufforderte, um die schwere „Regimekrise" zu überwinden. Diese Bewegung tritt aber auch pseudo-rebellisch auf, verteidigt Russland gegen die „Neue Weltordnung", prangert die USA im Allgemeinen und die NSA-Affäre im Besonderen an und bezichtigt die amtierende Regierung gerne des „Landesverrats".

Bei der Pariser Platzbesetzerbewegung flog Sylvain Baron laut eigenem Bekunden inzwischen (mindestens) vier Male von der place de la République, dem Ort der Besetzung. Am Mittwoch, den 6. April ließ jedoch ein geschickter Redner die Teilnehmenden – die sich mehrheitlich der Tragweite ihrer Abstimmung nicht bewusst waren – per Handzeichen einen Entschluss annehmen, dass man gegen Ausgrenzung von wem auch immer je sei. Er fügte dann jedoch explizit hinzu, ihm behage der am Samstag (02. April) erfolgte erstmalige Hinauswurf des rechten Querfrontaktivisten Sylvain Baron nicht. Man sei doch erwachsen genug, rechtsextreme Ideen zu bekämpfen und nicht zu akzeptieren, wenn man sie anhöre.

Im hinteren Teil der Bühne kam es im Moderationsteam daraufhin zu ersten heftigen Diskussionen. Aber auch aus der „Menge" heraus kam es kurz darauf zu Widerspruch. Mehrere Redner/innen aus dem Publikum erklärten daraufhin, dass die fraglichen rechten Unterwanderer natürlich nicht offen mit einem faschistischen Diskurs aufträten, und der Ordnerdienst erklärte, er lege seine Tätigkeit nieder, falls keine klare Abgrenzung zu Faschisten auf dem Platz gegeben sei. Nach einer halben Stunde hatte sich die Stimmung auf dem Platz dann in diesem Sinne gewandelt. Am Abend des Donnerstag, 7. April versuchte ein einzelner Redner, das Thema erneut – im Namen der „Toleranz" – aufs Tapet zu bringen, fand jedoch dieses Mal keinen weiteren Widerhall.

Im Internet lässt Sylvain Baron selbst sich unterdessen darüber aus, dass er Opfer einer „Miliz" in Gestalt einer „selbsternannten Antifa(gruppe)" geworden sei. Diese stehe jedoch nur für 100 Menschen auf dem Platz, gegenüber „einer friedlichen Menge von 3000 Menschen". Letztere fordere er deswegen dazu auf, sich dieser „politischen Miliz" zu widersetzen. Ansonsten mache sie sich der Beteiligung an einer Straftat, in Form der Vorbereitung gemeinschaftlich begangener Straftaten, mitschuldig. So ließ Baron sich etwa bei der Querfront-Internetpublikation Le blog de Jocelyne (Eintrag vom Sonntag, den 10. April) aus.

Am Wochenende wurde auch ein Facebook-Posting des Baron nahe stehenden Aktivisten Alain Benajam publik. Darin echauffiert er sich über den neuesten Ausschluss Sylvain Barons von dem besetzten Pariser Platz. Er steckt aber auch einen „theoretischen", d.h. Ideologischen Rahmen für die Wahrnehmung der Protestereignisse ab. Ihm zufolge steht die Platzbesetzerbewegung in ihrer aktuellen Form in der Kontinuität der „Farbrevolutionen", die – durch die USA initiiert, gesponsert und unterstützt – im Einflussbereich Russlands, in Serbien und in arabischen Ländern gegen die (ansonsten stabilen, tollen, unterstütztenswerten und friedfertigen..) dortigen Regimes organisiert worden sei. Die „linksradikalen Pariser Yuppies" dienten auf diese Weise als Manövriermasse, um den französischen Staat zu destabilisieren. Man müsse sich von ihrem Einfluss freimachen, stattdesse brauche es „eine nationale und Volks-Revolution", die dann wirklich gegen das Imperium gerichtet sei.

Darüber diskutiere er, Benajam, derzeit gerade auch mit „mit Thierry Meyssan". Der ehemalige Antifaschist (vor 2000) Meyssan ist einer der früheren französischen Verschwörungsideologen und einer der ersten Autoren, der behauptete, die „offizielle Version" zum 11. September 2001 „widerlegen" zu können. Während er behauptet, in Frankreich sei angeblich sein Leben bedroht, lebt Meyssan nun seit mehreren Jahren in Damaskus – derzeit gewiss einer der sichersten Orte auf der Welt, und so friedlich – unter dem Schutz des syrischen Folterregimes.

Bernard Schmid, Paris ■

Französische Faschisten: Globalisierte Finanzspekulation doch in Ordnung (...sofern wir die Nutznießer bilden)

Seit nunmehr einer Woche ist die rechtsextreme Medienlandschaft in Frankreich, die sich besonders im Interet ausgebreitet hat, schwer empört. Es geht um den internationalen Finanzskandal, der sich um Steuerparadiese rankt und weltweit unter dem Name Panama papers bekannt geworden ist. Er startete mit Enthüllungen in 110 Presseorganen weltweit, unter ihnen die Süddeutsche Zeitung in München und Le Monde in Paris, ab dem vergangenen Montag (4. April 2016). Der dadurch ausgelöste Skandal sorgte mittlerweile für den Rücktritt eines Regierungschef, des isländischen, und zwang den britischen Premierminister David Cameron zu scheibchenweise vorgetragenen Enthüllungen über seine privaten Finanzinteressen. In Frankreich ist der Name der Affäre besonders lustig, denn hat in der Geschichte des Landes bereits einmal einen als „Panama-Affäre" bezeichneten Finanzskandal gegeben, der damals die Republik tüchtig erschütterte; dies war 1892.

Nun hätte man erwarten dürfen, dass die extreme Rechte den Skandal nutzen werde, um einmal mehr gegen die Gefahren der „Globalisierung" zu wettern, die in ihren Augen ebenso einen gezielten Angriff auf die Nationen darstellt wie die Interessen der Arbeitenden gleichermaßen schwächt. (Weshalb auch, angeblich, „nationale Frage" und „soziale Frage" zusammenfielen.)

Doch weit gefehlt. Gegenstand der Empörung auf der französischen extremen Rechten sind im Augenblick weitaus mehr die Enthüllungen selbst als die Praktiken, die da enthüllt wurden. Stellvertretend sei ein Artikel aus der mittlerweile hardcore-faschistischen, ursprünglich vor allem anti-muslimischen Internetpublikation Riposte Laïque (ungefähr: „Die Säkularisten schlagen zurück", ein Titel mit rein anti-muslimischer Stoßrichtung) zitiert, der dort am Wochenende des 09./10. April 2016 publiziert wurde. Er erschien unter dem Titel: „Panama papers, Soros: eine gigantische Medienmanipulation zeichnet sich ab." Der täglich bestückten rechtsextremen Internetzeitung zufolge steckt hinter den Enthüllungen in 110 Zeitungen weltweit der US-amerikanische Milliardär George Soros, der eine Reihe von NGOs finanziell unterstützt und in rechtsextremen Kreisen ebenso als eine Art Zentralfigur der Weltverschwörung wie als Initiator von „Farbrevolutionen" gegen an und für sich tolle Regimes betrachtet wird.

Und der Artikel kommt zu dem Schluss, durch die Enthüllungen – bei denen ansonsten tatsächlich auffällt, dass sie keine US-amerikanischen Interessen tangieren, die wahrscheinlich bei der Publikation der Panama papers ausgespart wurden – würden vor allem „Widerständler gegen die Neue Weltordnung" getroffen. Tatsächlich enthalten die Panama-Dokumente unter anderem (zweifellos wahre!) Enthüllungen beispielsweise über die Anlage von Vermögenswerte Wladimir Putin nahe stehender, russischer Oligarchen in Panama. Riposte Laïque behauptet nun, dies sei das einzige Zweck der Übung gewesen. Sämtliche Enthüllungen seien auf eine Manipulation zurückzuführen, die sich gegen so freundliche Zeitgenossen (respektive Helden aus Sicht der zitierten Publikation) richte wie Wladimir Putin, den syrischen Folterregimes-Chef Bascher Al-Assad – durch Riposte Laïque kurioserweise „El-Hassad" geschrieben – oder gegen Marine Le Pen.

Die Vorsitzende des französischen Front National (FN) hatte sich ihrerseits zwei Tage zuvor zu Wort gemeldet. In einer Presseaussendung vom 7. April 2016 unter dem Titel „‚Le Monde', ein Schwindel" (die Replik zu einem Leitartikel der Pariser Abendzeitung vom Dezember 2015: „Der FN, ein Schwindel") schäumte und wütete sie gegen die Enthüllungen vom Wochenbeginn. Zornesentbrannt schrieb die rechtsextreme Politikerin, es handele sich um eine „gigantische Medienoffensive gegen den Front National" und eine „ununterbrochene Flut von Behauptungen, unzulässigen Vermischungen und Unterstellungen."

Was war los? Am zweiten Tag der Enthüllungen über die Panama-Affäre – also am Dienstag, den 05. April d.J. – berichtete die Pariser Abendzeitung über einen allgemein eher als unangenehm zu bezeichnenden Zeitgenossen, der ordentlich in Finanzmanipulationen mit Umweg über Panama verwickelt war. Es handelt sich um Frédéric Chatillon, einen persönlichen Freund von Marine Le Pen.

Er ist in der französischen extremen Rechten nicht „irgendwer". Das frühere Mitglied der außerordentlich gewalttätigen rechtsextremen Studentengruppe GUD (Groupe Union-Défense), die in der Vergangenheit vor allem an der reaktionären Pariser Jurafakultät von Assas ihre Hochburg hatte – und noch immer existiert –, ist ein langjähriger Bekannter von Marine Le Pen. Beide studierten an eben dieser juristischen Fakultät von Assad. Im Februar 2003 berichtete die französische Regenbogen- und sonstige Presse darüber, dass Marine Le Pen (damals noch nicht Parteivorsitzende, sondern als „Tochter von" prominent) sich einer Beamtenbeleidigung gegenüber einem Polizisten schuldig gemacht hatte, welch letzterer wegen nächtlicher Ruhestörung bei einer Party vorstellig geworden war. Die nächtliche Feier fand in der Privatwohnung von Frédéric Chatillon statt, und Marine Le Pen nahm an ihr teil.

Chatillon, ansonsten u.a. auch als aktiver Unterstützer und Propagandist der syrischen Folterdiktatur bekannt, ist aber auch ein offizieller „Dienstleister" und Geschäftspartner für den FN. Sein Dienstleistungsunternehmen mit Namen Riwal (und dessen Klon unter dem Namen Unanime) übernimmt/übernehmen Aufträge für die Partei, etwa für die Logistik bei Großveranstaltungen. Gegen Frédéric Chatillon läuft aber auch ein Strafverfahren, bei dem es um handfeste Interessen der Partei geht. Seit dem 23. Januar 2015 wird strafrechtlich gegen ihn ermittelt, wegen betrügerischer Machenschaften, Dokumentenfälschung, Missbrauch von Gesellschaftsvermögen und Geldwäsche – so lauten die offiziellen Anklagepunkte der Ermittlungsbehörden. Worum geht es? Um illegale Parteienfinanzierung zugunsten FN und zu Lasten des Staates. Letzterem wurden rund um die Parlamentswahlen vom Juni 2012, für welche der FN ein Recht auf Wahlkampfkosten-Rückerstattung geltend machen konnte, erheblich übertriebene und aufgeblasene Kosten in Rechnung gestellt. So mussten Kandidatinnen und Kandidaten des FN zur Parlamentswahlen einen Argumentationsleitfaden für die stolze Summe von 16 500 Euro bei ihrer eigenen Partei abkaufen. Solche künstlich aufgeblasenen Unkosten wurden anschließend beim Staat zwecks Rückerstattung geltend gemacht. Den Profit erzielte dabei zunächst Chatillons Firma Riwal, doch natürlich tat er dies nicht (nur) für sich allein, sondern auch im Interesse der Partei. Letztere muss deswegen eventuell noch vor den Wahlen von 2017 mit einem Prozess rechnen.

Chatillon ist nicht der einzige frühere Anführer des GUD, der beim Front National zwar nicht in formale Führungspositionen aufstieg (*offiziell taucht er im Organigramm der Partei nicht auf*), doch in dessen Hand entscheidende Fäden zusammenlaufen. Beobachter und Journa-

→

Abschiebungen in die Türkei: Rechtswidriger Akt

PRO ASYL verurteilt die heutige Massenabschiebung von den griechischen Inseln in die Türkei aufs Schärfste.

„Das ist ein rechtswidriger Akt der Unmenschlichkeit. Es wird ein Exempel statuiert", so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

136 Menschen wurden am Morgen des 4. April auf zwei Schiffe verbracht, die den Hafen von Lesbos in Richtung türkischer Küste verließen. Frontex zufolge befinden sich unter den Abgeschobenen hauptsächlich Menschen aus Pakistan, Bangladesch und Marokko. Doch auch zwei syrische Flüchtlinge seien an Bord – darunter eine Frau, die freiwillig ausreise, so Frontex. 66 Menschen wurden von der Insel Chios abgeschoben. Der Pressesprecher der ministeriellen Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge Yiorgos Kyritsis versicherte, es seien nur Menschen unter den Abgeschobenen, die keinen Asylantrag gestellt hätten. BeobachterInnen vor Ort berichten jedoch: Unter den Abgeschobenen von Chios sollen auch afghanische Schutzsuchende sein. In Deutschland lag die Anerkennungsquote von afghanischen Asylsuchenden im Jahr 2015 bei 77%. Es gibt Hinweise, dass UNHCR untersagt wurde, Kontakt zu den Betroffenen aufzunehmen. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen wird der Zugang zu den auf den griechischen Inseln inhaftierten Schutzsuchenden verwehrt. PRO ASYL befürchtet, dass Massenausweisungen stattfinden, ohne dass die Betroffenen Zugang zu einem rechtstaatlichen Asylverfahren gehabt hätten. Dazu gehört auch, dass gegen negative Entscheidungen ein effektiver Rechtsbehelf eingelegt werden kann.

PRO ASYL fordert die sofortige Beendigung der Abschiebungen in die Türkei. „Das sind Massenabschiebungen, bei denen der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt wird", mahnt Günter Burkhardt. Die griechische Regierung hat sich dem Druck der EU gebeugt. Nicht nur sie, die gesamte EU ist dafür verantwortlich.

Die Türkei ist kein „sicherer Drittstaat", der Flüchtlinge schützt. Amnesty International zufolge schiebt die Türkei seit Monaten systematisch Flüchtlinge ins syrische Kriegsgebiet zurück, darunter auch Frauen und Kinder. Nur einen Tag nach Unterzeichnung des Abkommens waren AI zufolge bereits 29 afghanische Flüchtlinge rechtswidrig nach Afghanistan abgeschoben worden.

Quelle: https://www.proasyl.de/pressemitteilung 04.04.2016 ■

CSU-Forderungen stützen Erdogan

„Mit seiner Ankündigung, PKK-Anhängern die türkische Staatsbürgerschaft abzuerkennen, steht der türkische Präsident Erdogan in der Tradition der faschistischen Putschgeneräle von 1980. Auch diese entzogen zahlreichen ins Ausland geflohenen Oppositionellen die Staatsbürgerschaft. Angesichts der Massenunterstützung, die die PKK unter den Kurden in der Türkei erfährt, dürften diesmal allerdings nicht nur einige hundert im Ausland lebende, sondern hunderttausende wenn nicht Millionen Menschen in der Türkei von einer solchen Maßnahme betroffen sein", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, zum gestern auf einer Juristenversammlung in Ankara geäußerten Vorschlag des türkischen Präsidenten. Die Abgeordnete weiter:

„Ermutigt wird Erdogan bei seinen rechtswidrigen Plänen von CSU-Politikern, die vor einer Welle kurdischer Flüchtlinge in Folge der vereinbarten Visafreiheit für türkische Staatsbürger bei Europareisen warnen. So hatte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann Ende März gefordert, die Visafreiheit dürfe nicht für Türken und Kurden gleichermaßen gelten. In türkischen Pässen wird allerdings weder eine kurdische Abstammung vermerkt noch wäre eine solche

Fortsetzung von vorheriger Seite

listinnen sprechen von einer regelrechten „GUD Connection" in den Führungsetagen der Partei, insbesondere bei den für Finanzierungsoperationen zunständigen Strukturen. Eines ihrer Mitglieder ist Philippe Péninque; er war es, der dem früheren Haushaltsminister Jérôme Cahuzac (ein Strafverfahren gegen ihn läuft) jenes Konto in der Schweiz eröffnete, das bei seinem Bekanntwerden 2013 einen Riesenskandal löste – Cahuzac war zuvor offiziell für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung zuständig und stellte sich nun selbst als Steuerbetrüger heraus. Sein, Cahuzacs, Name taucht auch in den Dokumenten zum Panama-Skandal auf. – Anlässlich des „Strategieseminars" des FN vom 5. bis 7. Februar 2016 im südlichen Pariser Umland waren es insbesondere Angehörige der GUD Conncetion", die lautstark für eine wesentlich stärkere Berücksichtigung von Unternehmerinteressen und durch die Partei plädierten.

Schlechtes Timing

Am Nachmittag des Montag, den 4. April 2016, infolge der ersten Welle von Enthüllungen über das Panamagate, hatte der FN zunächst in einem Pressekommuniqué über bzw. gegen die „ungezügelte Globalisierung" (mondialsiation sauvage) gewettert, deren Ausfluss und Abbild der internationale Finanzskandal sei. Doch am frühen Abend warnte Chatillon dann seine Freunde und politischen Bekannten über seine Facebookseite vor: Am kommenden Tag werde er, Frédéric Chatillon, „die Ehre haben", in Enthüllungen bei Le Monde aufzutauchen. Gut, dass er die Anderen vorsorglich gewarnt hatte…

Dem Artikel in Le Monde vom 5. April zufolge existierte „ein ausgeklügeltes Offshore-Finanzierungssystem, das zwischen Hongkong, Singapur, den Jungferninseln und Panama aufgespannt worden ist. Es war nützlich dafür, Geld aus Frankreich herauszuschaffen, mittels Briefkastenfirmen und fingierten Rechnungen, und mit dem Willen, den französischen Geldwäsche-Ermittlern zu entkommen." Frédéric Chatillon stand demnach „im Herzen dieses Finazierungsmechanismus." Er war es, der Gelder zunächst in Hong-Kong angelegt hatte, in Höhe von rund 300 000 Euro (die Zeitung spricht von einer Summe von 316 000 Euro). Diese wurden offiziell in eine Firma namens Time Dragon, welche inzwischen in „Unanime Asien" umgetauft wurde, investiert. Letztere war die Filiale einer Muttergesellschaft, die von der mittlerweile berüchtigten panamesischen Kanzlei Mossack-Fonseca auf den Jungferninseln in der Karibik gegründet worden war, in 15 000 Kilometern Entfernung von Hongkong. Später wurde diese Briefkastengesellschaft aufgelöst und das Geld erneut transferiert, dieses Mal nach Singapur.

Um die Gelder dort parken zu können, griff Chatillon auf die Hilfe eines Finanzbuchhalters mit Namen Nicolas Crochet zurück, der ihm auch dabei half, den ersten Geldtransfer (in Richtung Hongkong) über eine unverdächtig wirkende Firma abzuwickeln – er nutze dazu eine durch seinen Bruder in Hongkong angemeldete Struktur, Ever Harvest Garments Limited. Doch auch Crochet ist bei der französischen extremen Rechten nicht „irgendwer": Er war im Jahr 2012 mit der Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms für die Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen beauftragt worden.

„Globalisierungskritik", wie die extreme Rechte sie ansonsten auf demagogische Weise übt? Pustekuchen! Einen der übelsten Aspekte, den die kapitalistische Globalisierung bereithält – einen planetaren Finanzmarkt mit zahllosen Nischen und Winkeln -, verstehen ihre Protagonisten für sich zu nutzen. Denn was die extreme Rechte in letzter Instanz interessiert, ist weder die Globalisierung noch sonst irgendeine gesellschaftliche Grundfrage. Sondern das Recht des Stärkeren, in diesem Falle: des wirtschaftlich Stärkeren oder Skrupelloseren.

Bernard Schmid, Paris ■

Visa-Apartheid mit internationalem Recht zu vereinbaren. Doch durch die Aberkennung der türkischen Staatsbürgerschaft mit dem damit verbundenen Verlust des Reisepasses könnten kurdische Flüchtlinge an der legalen visafreien Einreise nach Deutschland gehindert werden.

Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie schärfsten Protest gegen solche Maßnahmen erhebt, die internationales Recht mit Füßen treten. Wer nicht will, dass demnächst hunderttausende kurdische Flüchtlinge aus den mit Panzern und Artillerie beschossenen Städten im Osten der Türkei nach Deutschland fliehen, sollte sich für ein Ende dieses Krieges einsetzen anstatt den Kriegsbrandstifter Erdogan zu umwerben."

Erdogans Pläne unterstreichen drastisch, dass es für die Absichten der EU-Kommission, die Türkei zum sicheren Drittstaat zu erklären, keinerlei Berechtigung gibt. Sie verdeutlichen vielmehr eindrücklich das Ausmaß der politischen Verfolgung in der Türkei."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 06.04.2016 ■

Europa: Flüchtlingsrecht ist uns schnurz

Fassungslos nehmen Menschenrechtler_innen und Flüchtlingsverbände zur Kenntnis, dass Europa das internationale Flüchtlingsrecht faktisch außer Kraft setzt und Flüchtlinge ohne eine angemessene individuelle Prüfung ihrer Fluchtgründe in die Türkei abschiebt. Ein Land, das wegen massenhafter Menschenrechtsverstöße international kritisiert wird. Ein Land, das gegen die größte Minderheit im eigenen Land, die Kurden, offenen Krieg führt. Ein Land, das tausende syrische Flüchtlinge rechtswidrig zurück nach Syrien abschiebt und an seiner Grenze abweist.

Exekutiert wird dieser Deal Europas mit der Türkei durch das vor dem finanziellen Kollaps stehende und daher erpressbare Griechenland. Ausgerechnet das Land, das nach Auffassung aller europäischer Staaten seit nunmehr acht Jahren nicht die Gewähr dafür bietet, für Flüchtlinge faire Asylverfahren durchzuführen, weshalb Abschiebungen im Rahmen des Dublin III – Verfahrens bis heute ausgesetzt sind, soll nun zehnmal soviele Flüchtlingsanträge bearbeiten, selbstverständlich „rechtsstaatlich", aber mit vorgegebener Entscheidung: Alle sollen wieder zurück.

Dieser Deal ist nicht zu heilen oder schönzureden. Europa handelt menschenverachtend und völkerrechtswidrig, weil dieser Deal mit der Türkei das internationale Flüchtlingsrecht mit Füßen tritt. Das ist nicht neu: Schon in den Verträgen Berlusconis mit Libyens Diktator Gaddafi zur „Rückübernahme" von Flüchtlingen oder bei den Todesschüssen spanischer Greznpolizisten auf Flüchtlinge in Ceuta und Melilla wurde diese Bigotterie deutlich. Auch damals hat die deutsche Politik betreten geschwiegen und weggeschaut. Doch zum ersten Mal ist die deutsche Politik an der völkerrechtswidrigen Praxis einer Flüchtlingsabwehr und Flüchtlingsabschiebung an den europäischen Grenzen aktiv beteiligt, ja federführend. Es geht eben nicht nur, wie manche Medien uns weis machen wollen, um Rahmenbedingungen wie etwa fehlende Aufnahmelager in der Türkei. Es geht um das Prinzip des Non-Refoulement, gegen das die EU massenhaft und sehenden Auges verstößt: Kein Flüchtling darf in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm politische Verfolgung oder die Gefahr einer Kettenabschiebung in das Verfolgerland droht.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 04.04.2016 ■

Flüchtlinge aus Idomeni jetzt aufnehmen

Saarländischer Flüchtlingsrat appelliert an die Landesregierung und fordert offene Grenzen „So richtig und notwendig die Entscheidung von Angela Merkel im Sommer 2015 war, die Flüchtlinge, die in Ungarn festsaßen, in Deutschland aufzunehmen, so richtig und notwendig wäre es jetzt, die Grenzen zu öffnen und die Flüchtlinge, die in Idomeni festsitzen, passieren zu lassen." erklärte Roland Röder für den Saarländischen Flüchtlingsrat. Und weiter: „Wir appellieren an die Saarländische Landesregierung, sich für eine großzügige Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland einzusetzen." Insbesondere Innenminister Klaus Bouillon solle als Vorsitzender der Innenministerkonferenz dahingehend seinen Einfluss geltend machen.

„Idomeni ist die Hölle. Die Umstände dort sind menschenunwürdig.", so Peter Nobert ebenfalls für den Saarländischen Flüchtlingsrat. „Die Verantwortung für diese nicht hinnehmbare Situation tragen zuerst einmal die EU und die Bundesregierung mit ihrer fortgesetzten Politik der Abschottung." Das Schließen der Balkanroute und der EU-Türkei- Deal produzierten ein Elend, das absolut vermeidbar wäre. Gleichzeitig werde dieses von der Bundesregierung billigend in Kauf genommen.

„Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Ignorieren und Abschrecken funktionieren da nicht mehr.", so Roland Röder abschließend. Die Perspektive müsse eine andere Politik sein. Es gehe um Menschenrechte für alle und und dazu gehöre auch das Recht und die Freiheit eines jeden Menschen über den eigenen Lebensweg zu entscheiden.

Zum Hintergrund: In Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze sitzen seit Wochen rund 13 000 Flüchtlinge fest. Sie sind vor islamistischem Terror, dem Assad-Regime oder wegen katastrophaler Lebensbedingungen geflüchtet. Mit vielfältigen Protestaktionen versuchen sie, die Öffnung der Grenze und ihre Weiterreise zu erreichen. Seit dem Brüsseler EU-Türkei-Gipfel (7./8. März 2016) dürfen nur noch Menschen mit gültigen Reisepässen und Visa die Grenze überschreiten. Die Saarbrücker Zeitung schrieb in diesem Zusammenhang am 11. März: „De Maizière will nun Fluchtrouten nach Europa dichtmachen." und weiter: „Thomas de Maizière mochte seine Zufriedenheit nicht verstecken. 'Die Flüchtlingsbewegung entlang der Balkanroute hat nun das Ende erreicht.', sagte der Bundesinnenminister bevor er gestern mit seinen Amtskollegen zusammentraf, um den EU-Türkei-Deal unterschriftsreif zu machen."

Quelle: Pressemitteilung www.asyl-saar.de 29.03.2016 ■

EU-Türkei-Abkommen

Ab heute soll das EU-Türkei-Abkommen umgesetzt werden. Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex will 750 abgelehnte Asylbewerber von Lesbos aus zurückbringen. Amnesty International spricht von einem eklatanten Verstoß gegen internationales Recht.

Ungeachtet anhaltender Proteste und der Kritik von Menschenrechtlern sollen am Montag die ersten Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei zurückgebracht werden. Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex will die Rückführungen von der Insel Lesbos aus starten. Auf der Insel Chios kam es angesichts der bevorstehenden Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens zu Ausschreitungen. Medienberichten zufolge brachen bereits am Freitag mehr als 800 Menschen aus dem sogenannten Hotspot aus, einem Lager, in dem neuankommende Bootsflüchtlinge bis zum Abschluss des Asylverfahrens eingesperrt bleiben.

Am Freitagabend beschloss das griechische Parlament in Athen ein Gesetz, das beschleunigte Asylverfahren und eine Ausweisung der abgelehnten Bewerber ins Nachbarland möglich macht. Damit wurde die letzte Voraussetzung für die Rückführungen geschaffen.

Dem EU-Türkei-Abkommen zufolge sollen alle Menschen, die seit dem 20. März irregulär von der Türkei aus auf die griechischen Inseln gelangt sind, zurückgeführt werden, es sei denn, sie erhalten Asyl. Im Gegenzug will die EU bis zu 72 000 Syrer aus der Türkei aufnehmen. In Griechenland harren nach offiziellen Angaben mehr als 50000 Flüchtlinge aus – davon etwa 6000 auf den Inseln.

Amnesty: Eklatanter Rechtsverstoß

Während Amnesty International von einem eklatanten Verstoß gegen internationales Recht sprach, der die Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen verhöhne, verteidigten der deutsche Außen-

minister Frank-Walter Steinmeier und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (beide SPD) die Vereinbarung mit der Türkei. Außenminister Steinmeier sagte der Heilbronner Stimme: „Man mag es gut oder schlecht finden, dass die Türkei ein Schlüsselland in der Flüchtlingskrise ist." Diese Tatsache könne man aber nicht ignorieren.

Schulz sagte der Bild am Sonntag, der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu sei ein „hochseriöser Partner". Dennoch dürfe die EU „zu Grundrechtsverletzungen in der Türkei nicht schweigen, nur weil wir in der Flüchtlingsfrage zusammenarbeiten", betonte der SPD-Politiker, der wiederum den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unter anderem für dessen diplomatische Intervention wegen eines satirischen Beitrages im NDR-Fernsehen scharf kritisierte.

Opposition kritisiert Abkommen

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) sagte der Saarbrücker Zeitung: „Die EU insgesamt verkauft hier ihre Seele und verrät ihre Werte." Es gehe nicht mehr „um den Schutz von Flüchtlingen, sondern nur noch um den Schutz vor Flüchtlingen". Angesichts der angespannten Lage in Griechenland sei der Start der Rückführungen derzeit unverantwortlich. Aus Sicht von Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt ist der EU-Türkei-Pakt „nicht dauerhaft tragfähig". Wenn überhaupt werde nur für Syrer ein Zugang nach Europa ermöglicht, sagte sie Welt online.

Die Linken-Bundesvorsitzende Katja Kipping sagte dem Radiosender SWR 2, die Lage der Flüchtlinge werde sich durch das EU-Türkei-Abkommen verschlechtern. Am Ende würden die Menschen Ausweichrouten suchen.

Erste syrische Flüchtlinge in Deutschland erwartet

Nach Informationen der staatlichen griechischen Nachrichtenagentur ANA-MPA charterte die europäische Grenzschutzbehörde Frontex zwei Schiffe, die von Montag bis Mittwoch insgesamt 750 abgelehnte Asylbewerber aus Syrien, dem Irak und Afghanistan aus Griechenland über das Mittelmeer in die Türkei bringen sollen. Sicherheitskräfte begleiten demnach die Rückführung: Auf jeden Ausgewiesenen komme ein Polizist.

Nach Angaben des Bundesinnenministeriums werden ebenfalls bereits für Montag erste syrische Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland erwartet. Es seien vor allem Familien mit Kindern, die unter Beteiligung des UNHCR ausgewählt worden seien. Sie kämen voraussichtlich im Aufnahmelager Friedland in Niedersachsen an. Das Ministerium nannte keine genaue Zahl, es sei von einer „niedrigen bis mittleren zweistelligen Größenordnung" auszugehen. (epd/mig)

Nach Informationen der „Welt am Sonntag" ist Deutschland im Rahmen des EU-Türkei-Pakts bereit, in einem ersten Schritt 1600 Menschen aufzunehmen. Bei Bedarf würden laut Bundesinnenministerium weitere 13 500 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt.

Quelle: www.migazin.de 04.04.2016

Europäisches Asylsystem: Tiefgreifende Änderungen

EU-Kommission schlägt Reform des europäischen Asylsystems vor

Erst der Pakt mit der Türkei, jetzt eine Reform im Innern: Die EU-Kommission will Lehren aus der Flüchtlingssituation ziehen und schlägt Änderungen des europäischen Asylsystems vor. Es sind tiefgreifende Reformen geplant.

Mit weitreichenden Reformenplänen reagiert die EU-Kommission auf die Flüchtlingssituation. In einem am Mittwoch in Brüssel veröffentlichten Papier stellt sie verschiedene Wege zur Wahl, um unter anderem zu einer gerechteren Verteilung von Asylbewerbern auf die verschiedenen EU-Länder und einer Vereinheitlichung der Asylverfahren zu kommen. Das jetzige Asylsystem sei „nicht zukunftsfähig", erklärte Vizekommissionspräsident Frans Timmermans.

Zum einen soll das sogenannte Dublin-System verändert werden. Es sieht vor, dass in der Regel dasjenige Land für die Prüfung und damit Beherbergung eines Asylbewerbers zuständig ist, wo dieser das erste Mal europäischen Boden betritt.

Zwei Optionen

Die EU-Kommission stellte zwei Optionen zur Diskussion. Nach der ersten Option würde das jetzige System beibehalten und ergänzt: In Zeiten eines Massenandrangs in ein bestimmtes EU-Land käme ein „Fairness-Mechanismus" zum Einsatz, das heißt andere Länder müssten ihm Flüchtlinge abnehmen. Die zweite Option geht weiter. Danach würde der Grundsatz des ersten Einreisestaats abgeschafft. Die Asylbewerber würden also unabhängig davon, wo sie in der EU ankommen, auf alle Länder verteilt.

Darüber hinaus sollen die Asylverfahren einander angeglichen werden. Das soll verhindern, dass Flüchtlinge gezielt bestimmte EU-Staaten ansteuern, wo sie sich bessere Perspektiven erhoffen. Die EU-Kommission will zum Beispiel die Höchstdauer der Verfahren angleichen.

EU soll gestärkt werden

Generell soll nach dem Willen der Kommission die europäische Ebene in der Asylpolitik gestärkt werden. Daher befürwortet sie mehr Befugnisse für das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO). Das EASO würde zum Beispiel damit beauftragt, Drittländer wie die Türkei unter die Lupe zu nehmen, damit diese als sogenannter sicherer Drittstaat eingestuft werden können. Das EASO könnte sogar einst selbst die Asylverfahren durchführen. Allerdings ist ein solch weitgehender Umbau des Systems sogar nach Bekunden der EU-Kommission selbst kurz- und mittelfristig „schwer vorstellbar", wie es in der Mitteilung heißt.

Bei allen Vorschlägen vom Mittwoch handelt es sich noch nicht um konkrete Gesetzespläne. Vielmehr beschreibe die Kommission mögliche Wege. Erst nachdem sie Rückmeldungen erhalten hat, will sie konkrete Vorschläge vorlegen.

Aus dem Europäischen Parlament gab es Zuspruch und Kritik. „Es ist absolut richtig und notwendig, dass wir in der EU zu einheitlichen Standards kommen. Die Prüfung und Bearbeitung von Asylanträgen muss überall nach den gleichen Kriterien erfolgen", erklärte der Chef der CDU/CSU-Gruppe, Herbert Reul. Die EU-Kommission „macht einen Fehler, wenn sie Flüchtlinge wie Stückgut verteilen will", urteilte die Grünen-Abgeordnete Ska Keller. „Sie muss die Anknüpfungspunkte der Flüchtlinge wie Sprachkenntnisse und familiäre Bindungen bei der Verteilung berücksichtigen."

Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach hält den Vorstoß für eine bessere Verteilung von Asylbewerbern und eine Angleichung des Asylrechts in Europa für wenig aussichtsreich. Es gebe eine „riesige Diskrepanz zwischen europäischer Rhetorik und Realität", sagte Bosbach den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe. Unter anderem sei „völlig offen", wo die Verfahren einer europäischen Asylagentur umgesetzt werden sollten, an den EU-Außengrenzen oder in den Mitgliedstaaten.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) begrüßte die Pläne. Die EU-Kommission erwäge den „mutigen, aber überfälligen Schritt, ein wirklich gemeinsames europäisches Asylsystem mit verbindlichen Regeln, einer europäischen Asylbehörde mit Entscheidungsbefugnissen und einem solidarischen Verteilmechanismus zu schaffen", erklärte die Leiterin der Brüsseler EKD-Vertretung, Katrin Hatzinger, gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. „Ich hoffe, dass dieser ambitionierter Vorschlag sich durchsetzt."

Quelle: http://www.migazin.de 07.04.2016 ■

Geheimer EU-Plan: 80 000 Afghanen sollen abgeschoben werden

Ein vertrauliches EU-Diskussionspapier schlägt vor, die Entwicklungshilfe für Afghanistan als Druckmittel zu benutzen, um das Land dazu zu bringen, Flüchtlinge zurückzunehmen.

Mehr als 80 000 Afghanen sollen nach einem geheimen EU-Plan „in naher Zu-

kunft“ aus Europa abgeschoben werden. Das Papier warnt aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage sowie der zunehmenden Gewalt in Afghanistan, durch die allein letztes Jahr 11 000 Zivilisten ums Leben kamen, vor zusätzlichen Fluchtbewegungen nach Europa.

Obwohl man sich der immer angespannteren Sicherheitslage also bewusst ist, will man afghanischen Flüchtlingen keinen Schutz bieten – im Gegenteil: Die Abschiebungen von Afghan*innen sollen massiv verstärkt werden. Aufgrund der schwierigen Lage in Afghanistan selbst, wird dabei Zufluchtsmöglichkeiten in der Region eine größere Bedeutung beigemessen: „Aufgrund der sich verschlechternden Situation in Afghanistan sowie dem Druck auf Afghanen in Pakistan und dem Iran, besteht ein hohes Risiko zusätzlicher Migrationsströme nach Europa. Das erfordert eine Verstärkung der Interventionen, Zufluchtsmöglichkeiten in der Region zu erhalten“, so das Papier.

„Aufgrund der sich verschlechternden Situation in Afghanistan […] besteht ein hohes Risiko zusätzlicher Migrationsströme nach Europa“ (aus dem geheimen EU-Plan)

Weitere Staaten als Türsteher Europas?

Angesichts von über einer Million Binnenflüchtlingen in Afghanistan und 5,4 Millionen Menschen, die in Pakistan und im Iran Zuflucht suchen und deren Situation „höchst unsicher und ohne verlässliche langfristige Perspektiven ist“, stellt sich allerdings die Frage, wie man die Nachbarstaaten dazu bringen möchte, Millionen Flüchtlingen echte Zukunftsaussichten zu geben, wenn sie das seit Jahrzehnten nicht getan haben?

Einen Einblick gibt der Vorschlag des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, nach dem Deal mit der Türkei, jetzt auch mit dem Iran über die Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen, zum Beispiel aus Afghanistan, zu sprechen. Das Modell, weitere Staaten als Türsteher anzuheuern und dabei darüber hinwegzusehen, dass es für die Menschen dort kaum Zukunftsperspektiven gibt, wird also bereits propagiert.

Erpresser-Strategie aus Brüssel

Um die afghanische Regierung trotz der immer angespannteren Sicherheitssituation und den fortschreitenden Gebietsgewinnen der Taliban dazu zu bringen, der Rückführung von zehntausend Afghan*innen zuzustimmen, hat sich die EU-Kommission verschiedene Druckmittel ausgedacht: Entwicklungshilfe und Handelsvereinbarungen sollen nach der neuen EU-Strategie als Anreiz dienen, um Abschiebeabkommen abzuschließen.

So will die EU-Kommission Afghanistan mit der Kürzung der Entwicklungshilfe drohen, die immerhin 40% des Bruttoinlandsproduktes des Landes ausmacht. Bei Kooperation hingegen soll die afghanische Elite im Gegenzug mit Studienplätzen an europäischen Universitäten belohnt werden. Die real existierende Gefährdungslage für die Menschen in Afghanistan wird dabei einfach ausgeblendet – oberstes Ziel scheint zu sein, Fluchtbewegungen nach Europa um jeden Preis zu stoppen.

Quelle: www.proasyl.de – Flüchtlingsrat Niedersachsen 29.03.2016 ■

Verletzte bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften

Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte reißen nicht ab. Am Donnerstag brannten zwei Flüchtlingsheime, bei denen mehr als ein Dutzend Menschen verletzt wurden. An einem Brandort wurden frisch geschmierte Hakenkreuze gefunden.

Bei einem Feuer in einem als Flüchtlingsunterkunft genutzten Hotel in Bingen sind am frühen Donnerstagmorgen vier Bewohner und zwei Feuerwehrmänner verletzt worden. Zwei Bewohner des Hauses wurden mit Rauchgasvergiftungen in ein Krankenhaus eingeliefert, wie Polizei und Staatsanwaltschaft in Mainz mitteilten.

Wegen des Verdachts auf einen Brandanschlag richtete die Kriminaldirektion Mainz eine Sonderkommission ein. Die Brandursache war zunächst unklar, allerdings wurden an der Unterkunft drei frisch geschmierte Hakenkreuze gefunden.

Brand auch in Neutraubling

Bei einem Brand in einer Asylbewerberunterkunft in Neutraubling bei Regensburg wurden neun Menschen verletzt. Sie erlitten leichte Rauchgasvergiftungen, unter ihnen eine schwangere Frau und zwei Kleinkinder.

Die Brandursache sei noch unbekannt, bislang gebe es keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund, sagte ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberpfalz in Regensburg dem Evangelischen Pressedienst. Das Feuer war den Angaben nach am Mittwochabend im Keller des dreistöckigen Mehrfamilienhauses ausgebrochen.

Quelle: http://www.migazin.de 08.04.2016 ■

Landkreis Peine testet Bezahlkarte für Flüchtlinge

In Niedersachsen geht der Landkreis Peine (Niedersachsen) neue Wege. Als landesweit erste Kommune testet der Landkreis jetzt eine Bezahlkarte für Flüchtlinge: Die Bezahlkarte funktioniert wie eine EC-Karte. Flüchtlinge können damit an der Supermarktkasse bezahlen oder am Bankautomaten Geld abheben.

Derzeit sei es noch so, dass an den letzten Tagen eines Monats auf den Fluren des Kreishauses kaum ein Durchkommen sei, weil hunderte Flüchtlinge dann ihr Bargeld für den kommenden Monat abholten. Der Verwaltungsaufwand für die Auszahlung sei enorm, sagte der zuständige Kreisrat für Soziales, Burhmann. Mehr als 60 Flüchtlinge haben jetzt die Bezahlkarte bekommen, 2 Monate lang will der Kreis Peine nun das Kartensystem einer privaten Firma testen. Ein Überziehen des Kontos oder Überweisungen ins In- und Ausland seien damit nicht möglich, so Buhrmann.

Die Flüchtlinge können über das Internetportal des Anbieters ihren aktuellen Kontostand erfragen und sich in verschiedenen Sprachen über das Bezahlsystem informieren. Flüchtlinge mit einer Bezahlkarte müssen nicht mehr aus dem ganzen Kreisgebiet zur Auszahlung nach Peine fahren. Läuft die Testphase positiv, will der Kreis Peine die Karte an alle rund 1000 Leistungsberechtigten ausgeben.

Quelle: http://www.nds-fluerat.org 04.04.2016 ■

Sicherheitsleistungen entmündigen Flüchtlinge

„Die Bundespolizei hat im vergangenen Jahr 349 438,97 Euro von Flüchtlingen eingezogen, um die Kosten für Sozialleistungen, aber auch für etwaige Abschiebungen abzudecken. Dieses Vorgehen halte ich für äußerst problematisch“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion. Jelpke weiter:

„Bei der Einziehung der sogenannten Sicherheitsleistungen handelt es sich faktisch um umfangreiche Beschlagnahmungsaktionen. Die Flüchtlinge müssen nicht nur fast ihr gesamtes Bargeld abgeben, es kann ihnen vielmehr auch jegliches sonstige Vermögen abgenommen werden, wie etwa Schmuck oder Telekommunikationsgeräte.

Es spricht nichts dagegen, dass die wenigen Vermögenden unter den Flüchtlingen zu ihrer Versorgung beitragen – sie kommen ja in der Regel auch hierher, um selbstbestimmt zu leben. Das wird aber gerade verhindert, wenn man ihnen nur einen Selbstbehalt von wenigen hundert Euro lässt. Das halte ich unverhältnismäßig und integrationshemmend. Ihre Bedürftigkeit wird auf diese Weise erst hergestellt. Und die Kosten für eine Abschiebung schon dann einzuziehen, wenn noch nicht einmal über das Asylgesuch entschieden ist, ist aus meiner Sicht extrem fragwürdig.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 07.04.2016 ■

Flüchtlingsbeauftragte kritisiert Integrationsgesetz

Die Kritik am geplanten Integrationsgesetz reißt nicht ab. Jetzt erhebt die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Vorwürfe gegen Bundesinnenminister de Maizière. Er tue so, als gäbe es mit der seit zehn Jahren geltenden Regelung Probleme.

In der Diskussion um das geplante Integrationsgesetz hat die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), das Vorhaben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kritisiert. Hinsichtlich der angedachten schärferen Regeln für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht sagte Özoğuz dem in Berlin erscheinenden Tagesspiegel, die bisherige Besserstellung von Flüchtlingen sei 2005 ausgiebig erörtert worden. Union, SPD, FDP und Grüne seien sich einig gewesen, „dass es sehr gute Gründe für eine Privilegierung von Asylberechtigten und Bürgerkriegsflüchtlingen“ gegenüber Arbeitsmigranten gebe.

Innenminister de Maizière will den Daueraufenthalt, die sogenannte Niederlassungserlaubnis, bei Flüchtlingen künftig an Bedingungen knüpfen wie bei anderen Zuwanderern. Darunter fallen unter anderem Deutschkenntnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts. Flüchtlinge würden dann nicht mehr wie bislang nach drei Jahren automatisch ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten.

Özoğuz betonte Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Die einen müssten völlig unvorbereitet in ihre neue Heimat fliehen. Die anderen, die für eine Arbeit nach Deutschland kämen, seien oft jung und hätten ihre Auswanderung mit Sprachkursen im Ausland geplant.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung kritisierte zudem, de Maizière tue so, als gäbe es mit der seit zehn Jahren geltenden Regelung Probleme. Es sei aber vielmehr so, dass zu wenig Sprachkurse angeboten würden. „Nicht nur die anerkannten Flüchtlinge, sondern auch viele Asylbewerber werden oft frustriert, weil das Innenministerium und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihre Arbeit auf der Angebotsseite nicht machen“, sagte sie.

Quelle: http://www.migazin.de 05.04.2016 ■

Nahles kritisiert Integrationsgesetz

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) kritisiert Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) für dessen Vorschläge für ein Integrationsgesetz. De Maizière wolle die Hürden für ein Daueraufenthaltsrecht für Flüchtlinge „so hoch setzen, dass die meisten daran scheitern werden“, sagte Nahles dem Tagesspiegel: „Im Ergebnis hätten wir damit kein Inte-

Erdoğans neue „Anti-Terror-Strategie“: Operationsgebiete entvölkern und zerbomben

Der türkische Staatspräsident Erdoğan scheint gewillt, im Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung radikalere Wege einzuschlagen. Nachdem bereits sein Vorschlag, „PKK-Anhängern” die türkische Staatsbürgerschaft zu entziehen, breite Wellen geschlagen hatte, erläutert Erdoğan bei einem Treffen, zu dem er die Gemeindevorsteher aus verschiedenen Provinzen der Türkei nach Ankara geladen hatte, seine neue Idee. Der türkische Staatspräsident erklärt, dass es durch Sprengfallen in den Reihen der türkischen Sicherheitskräfte zu großen Verlusten komme und man diese Verluste nur hinnehmen müsse, weil man in besonderer Weise auf das Wohlbefinden der Zivilbevölkerung achte. Die Lösung aus diesem scheinbaren Dilemma erläutert er mit folgenden Worten: „Wenn nötig, sollten wir die Gebiete, in denen die Operationen stattfinden, vollständig räumen und die unbewohnbaren Wohnungen von der Ferne sprengen.“

Angriffe des türkischen Staates in Nisêbîn, Gever und Silopî

Bereits bei der Belagerung der Stadt Cizîr (Cizre) hat der türkische Staat die Strategie des „Entvölkerns und Wegbombens“ geprobt. So wurde die Bevölkerung der belagerten Stadtteile zunächst durch wochenlang anhaltende Ausgangssperren aufgerieben und zur Flucht gedrängt, bevor diejenigen, die sich weigerten zu gehen, grausam massakriert wurden. Rund 150 Menschen kamen bei den Angriffen des türkischen Staates allein in Cizîr ums Leben, hunderte Häuser sind unbewohnbar. Die Bilder aus der Stadt gleichen denjenigen der zerstörten Städte in Syrien. Ähnlich schlimm ist der Zustand auch in Sur, der historischen Altstadt von Amed (Diyarbakir). Eine ausführliche Darstellung der HDP, in welchem das Zerstörungsausmaß in Sur dokumentiert wird, finden Sie hier.

Diese Strategie will nun der türkische Staatspräsident auch in den Städten Nisêbîn (Nusaybin), Gever (Yüksekova) und Silopî (Silopi) umsetzen. In allen drei Städten halten die Angriffe der staatlichen Sicherheitskräfte an. Es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den Zivilen Verteidigungseinheiten (YPS – Yekîneyên Parastina Sivîl), die ihre Stadtteile gegen die Angriffe des türkischen Staates zu schützen versuchen. Laut Angaben der YPS werden die türkischen Sicherheitskräfte bei ihren Angriffen auch von Dschihadisten, die entweder dem IS oder der Al-Nusra Front zuzuordnen sind, unterstützt. Mehrere Dschihadisten seinen bereits bei den Kämpfen getötet worden.

Sieben Tote in Silopî an einem Tag – Einwohner fliehen vor den Angriffen

In der Stadt Silopî sind bei den Angriffen des türkischen Staates alleine am 6. April mindestens sechs Zivilisten ermordet worden. Die türkischen Sicherheitskräfte setzten am Vormittag zwei Stadtteile unter Raketenbeschuss. Mehrere Wohnungen, in denen sich zum Zeitpunkt des Beschusses Zivilisten aufhielten, wurden dabei getroffen. Nach dem Tod der sieben Personen begannen die Einwohner der Stadt ihre Häuser zu verlassen und zu fliehen. Rund 50 Einwohner aus Silopî, darunter auch Mitglieder der Demokratischen Partei der Regionen (DBP), wurden zudem durch die Polizei festgenommen.

1000 Türkische Spezialeinsatzkräfte möchten versetzt werden

Unterdessen wurde bekannt, dass rund 1000 Mitglieder der Spezialeinsatzkräfte der Polizei einen Antrag auf Versetzung in eine andere Abteilung gestellt haben. Dabei handelt es sich um Polizeikräfte, die seit Anbeginn der Ausgangssperren im Kampf gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden. Die Betroffenen beklagen, Probleme in der Verwaltung, zu geringe Ausruhzeiten und mangelhafte Verpflegung. Zum Teil werde man zu 48 Stunden anhaltende Operationen gezwungen. Insgesamt mache sich das Gefühl breit, dass sie nun für die Fehler, die im Lösungsprozess gemacht wurden, büßen müssen. Ercan Taştekin, Vorsitzender des türkischen Think-Tanks für die Untersuchung von Sicherheitsstrategien (GÜSAM), erklärt vor dem Hintergrund dieser Meldung, dass die Spezialeinsatzkräfte das Gefühl haben, dass ihr Leben für wertlos gehalten werde und man sie als menschliche Minensuchgeräte missbrauche.

Pressemitteilung von Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 07.04.2016 ■



ZuFlucht Wendland

Zuwanderung als Chance

„Wir brauchen einen europäischen Frühling!“

Mit Vehemenz protestieren wir gegen die europäische Antwort auf das Schutzersuchen von Flüchtenden in Form von Stacheldraht und Uniformierten, die Menschen ohne Anhörung ihrer Fluchtgründe abschieben. Ausgerechnet in die Türkei, wo die Regierung Krieg führt gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung, die Pressefreiheit abschafft und die freie Meinungsäußerung bekämpft. Die europäischen Politiker*innen verhandeln wie gewohnt mit Diktatoren anstatt für Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. Die europäische Wertekrise erreicht neue Abgründe, die europäischen Eliten agieren inzwischen allein aus strategischem Kalkül: Die Not der Menschen wird möglichst weit vor die Stacheldrahtzäune verlagert, während die Rüstungsindustrie im Verbund mit Diplomatie und Geheimdiensten neue Fluchtursachen schafft.

Aber das sind nur die Interessen von wenigen: Die letzten Monate haben gezeigt, dass sehr viele Menschen hier in Deutschland und allen anderen europäischen Ländern bereit sind, sich aktiv für demokratische und humanitäre Werte einzusetzen.

Wir fordern die Regierungen auf, sich auf die Seite der Menschen(rechte) zu stellen, Kraft und Energie in die erfolgreiche Aufnahme von Flüchtenden und die effektive Bekämpfung von Fluchtursachen zu stecken anstatt in die Aufrüstung der Festung Europa.

Wir von ZuFlucht Wendland fordern nach wie vor die Aufnahme von 10.001 Geflüchteten in Lüchow-Dannenberg!

Wir rufen alle Menschen egal in welchem Land auf: **Erhebt Eure Stimmen!**

Aufnahme statt Abschottung!

Quelle: www.zufluchtwendland.de 04.04.2016 ■

grationsgesetz, sondern ein Integrationsbehinderungsgesetz. Dazu werde ich nicht Ja sagen.“

Der Innenminister plant unter anderem, Flüchtlingen künftig nur noch dann ein Daueraufenthaltsrecht zu geben, wenn sie ausreichende Deutschkenntnisse vorweisen können. Das Gesetz will er gemeinsam mit Nahles erarbeiten. Die Arbeitsministerin sagte dem „Tagesspiegel“, die Deutschkenntnisse, die de Maizière zur Voraussetzung machen will, würden Leute aus Kulturkreisen mit völlig fremder Sprache und anderem Alphabet nur sehr schwer innerhalb von drei Jahren erreichen.

Nahles sagte, sie wolle ein Gesetz, „das eine realistische Integrationsperspektive aufzeigt – keine Mogelpackung“. Die von de Maizière angestoßene Debatte über eine einseitige Verschlechterung des Aufenthaltsrechts für Flüchtlinge bringe „ihm vielleicht Punkte beim rechten Flügel der CDU/CSU, aber uns in der Sache nicht voran“. Da stecke kein Konzept dahinter.

Die SPD-Politikerin nannte es „in höchstem Maße unfair“, die Bestimmungen zu verschärfen. Flüchtlinge seien in einer ganz anderen Situation und bräuchten mehr Zeit und mehr Sicherheit als sonstige Einwanderer, die in Deutschland eine neue Perspektive suchten und sich auf den Aufenthalt vorbereiten könnten. „Genau deshalb hat Deutschland den Flüchtlingen 2005 in einem Allparteienkompromiss Erleichterungen beim Bleiberecht zugestanden. Jetzt will de Maizière die Hürden für das Daueraufenthaltsrecht für Flüchtlinge so hoch setzten, dass die meisten daran scheitern werden“, sagte Nahles.

Quelle: http://www.migazin.de 08.04.2016 ■

Welcome2stay Gipfel vom 10. bis 12. Juni ’16 in Leipzig

„Call for Contribution – Aufruf zum Mitmachen

Im letzten Jahr ist etwas Unglaubliches geschehen: Hunderttausende Menschen überwanden auf eigene Faust zahlreiche Landesgrenzen und erreichten selbstorganisiert dieses Land. Als deutlich wurde, dass staatliche Stellen nicht angemessen handelten, um für die Neuangekommenen das Notwendige bereitzustellen, reagierten Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen Alteingesessene spontan und schufen gemeinsam mit den Geflüchteten Strukturen der Solidarität und der Verständigung, sie organisierten öffentlichen Feste und setzten gegen rechte Hetzer Zeichen. Jenseits der etablierten Institutionen entstand ein breiter und transnationaler Prozess, der auf eine zukünftige Gesellschaft verwies, in der sich Fragen nach gerechter Verteilung, Zugehörigkeit und sozialen Rechten neu formulierten.

Eine gegensätzliche Reaktion war ein sich verschärfender Rassismus, der die neue Situation – statt als gemeinsame Herausforderung – als einen Konkurrenzkampf um die Reste des zunehmend ungleich verteilten gesellschaftlichen Reichtums formulierte. Dieser Rassismus erfuhr eine breite mediale Öffentlichkeit. Er manifestierte sich in rechtsextremen Parteien und Aufmärschen, in Brandanschlägen und Übergriffen, aber auch in der Rückkehr der nationalen Grenzen, der Schaffung von menschenunwürdigen Lagern und einer beispiellosen Entrechtung von Geflüchteten in den undemokratisch zusammengeschusterten Asylpaketen. Vor dem Hintergrund dieses nationalistischen Getöses verloren die unzähligen solidarischen Projekte, Initiativen und gemeinsam errungenen Erfolge an Hör- und Sichtbarkeit. Der Gipfel in Leipzig will das ändern!

Er will die verstreute, aber hochgradig vernetzt und effizient arbeitende humanistische, kämpferische, unabhängige und solidarische Bewegung der Vielen wieder in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten rücken und eine Stimme verleihen, die nicht ignoriert werden kann. Und er möchte dazu beitragen, den Schritt von der Willkommensbewegung zu einer Bleibekultur gemeinsam aus den Bedürf-

ERSTES GIPFELTREFFEN DER BEWEGUNGEN
DES WILLKOMMENS, DER SOLIDARITÄT UND DES ANTIRASSISMUS
LEIPZIG, 10. - 12. JUNI 2016



Türke. Aber trotzdem intelligent.

„Der Blick über die Welt hinaus ist der einzige, der die Welt versteht.“ Dieses Zitat von Richard Wagner, dessen Partien der Autor singt, gilt auch für das Buch „Türke aber trotzdem intelligent“ von Selcuk Cara.

Mancher deutsch-Deutsche würde Caras Titel gern mit einem Fragezeichen versehen, der von der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu Minderwertigkeitskomplexen erzogene türkische Deutsche mit einem Ausrufezeichen. Cara setzt sein Satzzeichen nach 196 Seiten, voll von Anekdoten aus seiner Kindheit, Besuchen beim Großvater in der Türkei, Auseinandersetzungen mit Neonazis, Ausbildung als Opernsänger und Filmemacher.

Immer wieder lässt er sein Wissen über die deutsche Geschichte und Kultur aufblitzen und spart dabei nicht mit Zitaten aus dem Schatzkästlein des deutschen Bildungsguts. All das nützt ihm aber nichts bei der Zollkontrolle an deutschen Flughäfen, wo er bei der Vorlage seines türkischen Passes immer wieder die Fragen beantworten soll, ob er auch deutsch sprechen könne.

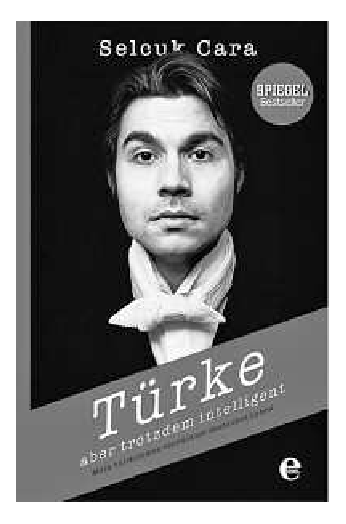
Es ist immer das gleiche Dilemma, da kann sich der Deutsche türkischer Herkunft anstrengen wie er will, die Schublade des Klischees in die er gern gestopft wird, steht immer für ihn offen. Bei Caras Aufenthalt in England war es auch nicht anders, dort wurde er gefragt, ob er ein Nazi sei. Das ist alles nicht neu, aber immer wieder betrüblich zu lesen.

Bemerkenswert ist Caras Auseinandersetzung mit der Zeit des deutschen Faschismus. Ein Thema, das wie ein roter Faden sein Buch durchläuft. Auch hier wird er wieder auf seine Herkunft aus der Türkei reduziert. Bei seinem Förderantrag für seinen Film über die Schoa, wird er daraufhin gewiesen, er solle sich in Filmen doch besser der Problematik seiner Herkunft widmen. Soweit über die Weltsicht von Kulturschaffenden.

In Caras Buch geht es nicht um Integration! Es ist auch kein Beitrag zu diesem nebulösen Begriff.

Für die deutsch-Deutschen bedeutet Integration Assimilation, heißt, sei so wie ich und falle nicht weiter auf. Caras Autobiografie über sein selbstbestimmtes Leben liest sich kurzweilig, amüsiert und macht nachdenklich. Er setzt drei Ausrufungszeichen hinter den Titel seines Buchs!!!

Quelle: http://www.migazin.de 08.04.2016 ■



nissen der vielen Akteure zu entwickeln. Dafür laden wir alle Beteiligten ein aus den Kleiderbörsen und Suppenküchen, Refugee-Gruppen und Antira-Zusammenhängen, Hilfsprojekten und Initiativen, Ehrenämtler und Kreative, Aktivist_innen und Netzewerker_innen, Kämpfende und Unzufriedene, aber auch Aktive aus Institutionen, Verbänden, Organisationen, die sich eine gerechte Welt auf die Fahnen geschrieben haben. Wir laden sie ein, sich an dem Gipfel und auch an der Gestaltung des Gipfels und schon im Vorfeld zu beteiligen…“

Mehr dazu hier: http://welcome2stay.org/de/aufruf-zum-mitmachen/

Quelle: hagen@kein.org 07.04.2016 ■

BMI: Verschärfung der asylrechtlichen Regelungen

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) hat zu den Plänen des BMI zur „Verschärfung der asylrechtlichen Regelungen“ eine Pressemitteilung herausgegeben.

Zuwanderungsgesetz anstatt Flickschusterei !

Bundesinnenminister de Maizière will Menschen auf Flucht zu Integration verpflichten und Ghettobildung verhindern. Integration und die Verhinderung von Ghettobildung sind wichtige Ziele.

Sie können jedoch nicht durch Verpflichtungen oder Wohnsitzauflagen allein erreicht werden.

Die Ausländergesetzgebung ist zur Dauerbaustelle der Nation geworden. Laufen einige Dinge in der öffentlichen Wahrnehmung aus dem Ruder, wird sofort für die Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes plädiert, um die Volksseele zu beruhigen.

Das Ergebnis ist aber wie immer Flickschusterei der Ausnahmeregelung der Ausnahme, wovon die Dinge eher komplizierter für Verwaltung, Justiz und die Menschen komplizierter werden.

Es wäre jetzt die Gelegenheit für ein in sich schlüssiges, modernes Zuwanderungsgesetz, das folgenden Grundsätzen folgt:

- Legale Zuwanderung zu ermöglichen, die deutschen Interessen und der deutschen Verantwortung entspricht
- Anstatt Zwang anzuwenden, gelungene Integration belohnt
- Anreize für Kommunen schafft, Motoren der Integration zu sein
- Entrümpelung teurer, bürokratischer Hürden für Integration
- Die niederschwellige Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und sonstigen Zivilgesellschaft an Integration erleichtert
- Rechts- und Finanzierungssicherheit für Integrationsmaßnahmen wie Kinderbetreuung bei Sprachkursen

Über das Zuwanderungsgesetz hinaus, die Förderung von bezahlbaren Wohneigentum durch einen haushaltsneutralen, revolvierenden Fond

Weitere Vorschläge und Konkretisierungen sollten durch eine Arbeitskommission (ähnlich der Süssmuth-Kommission), die für ein modernes und kompaktes Zuwanderungsgesetz arbeitet, erfolgen. Der BZI wäre bereit, seine Sicht und Vorschläge aktiv in die Arbeit dieser Kommission einzubringen.

Quelle: Pressemitteilung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates (BZI) 01.04.2016 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Drohung mit dem Bürgerkrieg

Stand in den letzten Ausgaben des „deutschen Nachrichtenmagazins“ ZUERST! Kanzlerin Angela Merkel im Focus der Aufmerksamkeit der Autoren, schafft es in der Aprilausgabe Bundesjustizminister Heiko Maas auf das Titelbild. Sein Konterfei wurde vor eine Straßenkampfszene platziert, versehen mit der Überschrift „Der Haßprediger – Die erschreckenden demokratischen Defizite des Justizministers Heiko Maas“. Auf 8 Seiten beschäftigen sich die ZUERST!-Autoren DIRK REINARTZ, FALK TIEDEMANN und DORIAN REHWALDT dem Minister, dem sie in erster Linie zwei Dinge vorwerfen: ein Linker zu sein und „Patrioten“ zu beschimpfen (daher „Haßprediger).

Interessant ist, was ZUERST! für links hält: „Auf der anderen Seite gibt es keinen Zweifel, daß Maas auf dem linken Flügel der SPD beheimatet ist. Dementsprechend ist er belastet mit dem gesamten Sortiment zeitgeistigen Unfugs, den der linke Ideologiemarkt hergibt. Dazu gehört bekanntlich eine Affenliebe für Minderheiten aller Art (so im Original – tri), während gleichzeitig alles Pro-Deutsche für verdächtig gehalten wird“. Und bereits im nächsten Satz ist man da, worum sich in ZUERST! eigentlich die meisten Beiträge drehen, bei der Frage der Zuwanderung. „‚Zuwanderung ist vor allem eine Chance und eben keine Bedrohung‘, hat Maas in einer Videobotschaft das Dogma auf den Punkt gebracht, an dem er seine Politik ausrichtet, Insbesondere für die als ‚Flüchtlinge‘ angesprochenen illegalen Einwanderer scheint sich der Justizminister als eine Art Schutzpatron zu empfinden“.

Agitation gegen Migranten gibt es auch in Beiträgen, in denen man es thematisch nicht unedingt erwartet. So berichtet SANNA HILL, die „stellvertretende Chefredakteurin der schwedischen Wochenzeitung Nya Tider“, einer laut Wikipedia Schweden einer „rechtsexremen“ Zeitschrift mit einer Miniauflage von 3100 Exemplaren (2014). Frau Hill zitiert bereits im zweiten Absatz ihres Berichtes eines „Kämpfers, der der jesidischen Minderheit im Nordirak angehört“: „‚Wir würden niemals nach Europa gehen. Ihr nehmt doch jeden auf, sogar diejenigen, die euch selbst nur schaden und eure Kultur zerstören wollen. Ihr wartet gemütlich ab und führt damit euren eigenen Untergang herbei‘“. Und damit auch wirklich niemand vergisst, was schwedischen und deutschen Rechten wirklich wichtig ist, lauten die letzten Zeilen des Artikels: „‚Wir würden nie nach Europa gehen’, sagen die Kämpfer. ‚Eure Politik ist schlecht durchdacht. Eure offenen Grenzen werden fürchterliche Folgen haben‘, warnen sie uns. Mahnende Worte, die weit weg von Brüssel und Berlin im eiskalten Wind der Nacht verhallen“.

Selbst ein Beitrag von JAN VON FLOCKEN über den Limes, die Grenzbefestigung des Römischen Reiches, die römisch besetztes vom unbesetzten Germanien trennte, dient unter dem deutlichen Titel „Migranten nicht willkommen“ rechtem Ideologietransport: „Mitte des vierten nachchristlichen Jahrhunderts war es im Römischen Reich soweit. Massiver Bevölkerungsschwund, eine bedrohliche Finanzkrise verbunden mit einer geschwächten Einheitswährung, ein völlig aus dem Ruder laufender Sozialstaat (‚Brot und Spiele‘) sowie eine selbstkastrierende religiöse Toleranz führten zum inneren Zerfall. Die spätrömische Dekadenz erreichte ihren Höhepunkt. Jetzt wurden die Barbaren nicht mehr an den Grenzen zurückgewiesen, sondern geradezu eingeladen, das römische Reich zu überschwemmen. Üppige Land- und Geldgeschenke sollten die Fremdlinge freundlich stimmen. Freilich fragten sich die nachdrängenden Stämme, warum sie erst auf Einladungen und milde Gaben warten sollten, wo man sich doch von den geschwächten Römern samt ihrer windelweichen Willkommenskultur alles problemlos mit Gewalt nehmen konnte. Das Erwachen war furchtbar. Viel zu spät reagierte die Staatsführung auf die leichtsinnig herbeigeführte Invasion. Als Kaiser Valens sich im Jahre 378 mit den letzten Resten der römischen Legionen bei Adrianopel den Barbaren entgegenstellte, verlor er die Schlacht, das gesamte Heer und sein Leben. Der selbstverschuldete Untergang der antiken Kulturwelt war nicht mehr aufzuhalten“. Ein Narr, wer die gewollte Analogie zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2016 nicht erkennt.

Zurück zum Titelbeitrag über Justizminister Maas. Nur leicht verklausuliert schreiben die Autoren auch auf, was ihnen als Mittel gegen die Migranten vorschwebt: Gewalt in Form von Übergriffen gegen einzelne Migrant(inn)en und in Form von Bürgerwehren: „Angesichts der Größe der Welle an Fremden, die über unser Land hereingebrochen ist und weiter hereinbricht, werden diese hier verhältnismäßig selten angefeindet oder drangsaliert“. Da müssen sich die Leser(innen) doch sagen: „Verhältnismäßig selten“ – das kann doch geändert werden. Rassistische Gewalttäter werden von ZUERST! auch nicht als solche gekennzeichnet, sie heißen „jene, die ihre Wut oder Verzweiflung über die destruktive Politik der Bundesregierung an Migranten auslassen“ - da können die Leser(innen) doch nr Verständnis für haben. Und dann gibt es noch die rechten Milizen, die sich „Bürgerwehren“ nennen und über die die drei Autoren voller Sympathie berichten: „...jene Bürger, für die mit den Ereignissen der (*Kölner – tri*) Silvesternacht das Faß zum Überlaufen gebracht wurde und die der Untätigkeit des Staates nicht mehr länger zuschauen wollen. Ob man das nun ‚Bürgerwehr‘ oder sonstwie nennt: Vielerorts ergreifen Privatleute die Initiative, schließen sich zusammen und haben ein wachsames Auge auf das, was sich in ihrer Nachbarschaft abspielt“.

Einer verstärkten Militanz redet auch ZUERST!-Kolumnist MANFRED KLEINE-HARTLAGE das Wort, wenn er über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, eine Klage des rechten Staatsrechtlers Karl Albrecht Schachtschneider gar nicht erst zur Entscheidung anzunehmen: „...daß es (das Bundesverfassungsgericht – tri) erheblich dazu beiträgt, den letzten Vorbehalt zu beseitigen, der der Ausübung des Widerstandsrechts noch im Wege steht – nämlich, daß sie (so im Original – tri) nur zulässig ist, ‚wenn andere Abhilfe nicht möglich ist’ (Artikel 20, Absatz 4 Grundgesetz). Mit solchen Entscheidungen beziehungsweise Entscheidungsverweigerungen wird dem Rechtsfrieden dieses Staates ein tödlicher Schlag zugefügt. Das endgültige Scheitern der zweiten deutschen Demokratie innerhalb von nur hundert Jahren ist damit in greifbare Nähe gerückt, und dieses scheitern ist umso bedrückender, als es absolut vermeidbar war und mutwillig herbeigeführt wurde. An sich war der Anspruch der BRD, die Lehren aus dem Scheitern von Weimar gezogen zu haben, nämlich keineswegs leer oder unbegründet gewesen: Sie schien wirklich ein System zu sein, das auch seine Kritiker einzubinden und den latenten oder offenen Bürgerkrieg zu verhindern wußte, an dem die Weimarer Demokratie gescheitert war“.

tri ■

